

Verkehr



Schifffahrt

Erfolg für Gewerkschaft und Betriebsrat: Die Dienstverträge der Beschäftigten bei der DDSG sind gerettet.

Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe



Krankenhäuser

GewerkschafterInnen aus vier Ländern diskutierten in OÖ über die EU-weite Zusammenarbeit im Gesundheitssektor.

Private Dienstleistungen



Reinigung

Die **Lohnverhandlungen in der Reinigung** gestalten sich zum Spießbrutenlauf. NÖ, OÖ, Salzburg und Tirol blockieren einen Abschluss.

Thema

Gemeinsam die Krise meistern!

Wirtschaft und Arbeit in Zeiten der Krise – mit diesem Schwerpunkt befassen wir uns in der aktuellen Ausgabe der vida-Zeitschrift. Immer mehr Produktionsbetriebe sind von der geringeren Nachfrage nach ihren Erzeugnissen betroffen. Auch die Transportbranche kämpft mit einem rückläufigen Geschäft. Voreilig gut ausgebildetes Personal „abzubauen“, könnte sich aber auch für die Arbeitgeber als Nachteil erweisen. Mehr dazu auf Seite 3.

Zukunftsjobs.

Tätigkeiten im Gesundheitssektor und in der Kinderbetreuung gelten (derzeit) als krisenresistent. Auch die Einführung des kostenlosen Kindergartenjahres führt zu einem Mehrbedarf an Personal. Arbeit Suchende werden deshalb verstärkt für diese Berufe qualifiziert. Wir berichten über entsprechende Ausbildungsprogramme in Wien. Zugleich fordert die Gewerkschaft vida bessere Arbeitsbedingungen und mehr Geld für die Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich. Denn der

Wert dieser Arbeit muss sich auch in einer besseren Entlohnung widerspiegeln.

Kreditklemme. Die Finanzkrise führt nicht nur bei vielen Unternehmen zu Finanzierungsschwierigkeiten. Auch PrivatkundInnen kommt der Absturz der Aktien oder die Aufnahme eines Fremdwährungskredits jetzt teuer zu stehen. Mehr über mögliche Ursachen und Auswege aus der privaten Finanzkrise lesen Sie auf Seite 4.

Direkt vor Ort. In schwierigen Zeiten ist es besonders wichtig, eine starke ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretung

zu haben. vida steht den BetriebsrätInnen in den vom Wirtschaftseinbruch betroffenen Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite. Auch außerhalb der Betriebe möchte vida die Vernetzung der Gewerkschaftsmitglieder untereinander fördern. vida arbeitet dafür an der Schaffung neuer Regionalstrukturen. Auf Seite 8 erfahren Sie mehr über die ersten vida-Regionen, die im Pinzgau und im Südburgenland gegründet wurden.

„Die ArbeitnehmerInnen haben die Krise nicht verschuldet. Oberstes Ziel ist die Sicherung der Beschäftigung.“



Foto: Alexandra Kromus

Die Beschäftigung sichern! Das ist das wichtigste Ziel in der Krise. Möglichst viele Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben, Arbeitslose brauchen rasch einen neuen Job.

Aus dem Inhalt

Jobabbau:

Wann und in welcher Höhe gibt es Arbeitslosengeld? Seite 2

Staat wieder gefragt?

Ferdinand Lacina über die Lehren aus der Krise Seite 3

Güterverkehr:

Die Rail Cargo spürt den Produktionsrückgang Seite 3

Finanzloch im Börsel:

Wenn die Kreditrate aufs Geldbörsel drückt Seite 4

Holen Sie sich Ihr Geld zurück!

Die vida-Tipps zur ArbeitnehmerInnenveranlagung Seite 9

Urlaub:

Gewinnen Sie einen Urlaub in Tirol Seite 16

Impressum:

Alle MitarbeiterInnen dieser Ausgabe Seite 8

Raus aus der Anderswelt!

Die Jenseitsvorstellungen der Kelten werden auch mit dem Begriff der „Anderswelt“ zusammengefasst. Abgekoppelt von den aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen, anders gesagt „jenseitig“, agieren derzeit auch (noch?) viele Top-ManagerInnen.

Abgehoben. Da ordern Banker Luxus-Dienstkarossen jenseits der 100.000 Euro Grenze. Erfolgreiche Manager halbstaatlicher Unternehmen fordern Abfertigungen in Millionenhöhe, während dem Personal Einsparungen angekündigt werden.

Leistung muss sich lohnen, lautete in der Vergangenheit stets die Antwort, wenn Arbeitnehmer-VertreterInnen die Frage nach Fairness und Verteilungsgerechtigkeit stellten.

Bodenhaftung. Nur langsam und widerwillig scheinen die Manager zu realisieren, dass sich die Zeiten geändert haben. Die National-Banker werden sich künftig mit Dienstwägen, wie sie im staatlichen Bereich üblich sind, „bescheiden“. Die Manager jener Banken, die staatliche Hilfe in Anspruch nehmen, müssen laut „profil“

nun doch im Jahr Eins nach der Staatshilfe auf die Zahlung von Erfolgsprämien verzichten.

Dran bleiben. Es ist an der Zeit, das Thema Verteilungsgerechtigkeit neu aufzurollen. Die Unternehmen müssen gesetzlich dazu verpflichtet werden, die Bezüge ihrer Vorstände einzeln zu veröffentlichen, die Hauptversammlungen sollen mehr Mitsprache erhalten. Für die Angemessenheit von Managementbezügen sollte die Politik verbindliche und klare Kriterien vorgeben. Damit auch jene ManagerInnen, die nicht freiwillig umdenken, im Diesseits ankommen. (mf)



Kommentar

Die fetten Jahre sind vorbei! So lautet die Botschaft allerorts angesichts der Wirtschaftskrise. Betrachtet man die Vermögensverteilung in Österreich, muss man den Satz allerdings folgendermaßen umformulieren: Die fetten Jahre sind schon bisher an vielen Menschen vorbeigegangen. Ein Promille der österreichischen Haushalte besitzt acht Prozent des gesamten Geldvermögens. Das ist genau so viel, wie die unteren „50 Prozent“ aller Haushalte in Österreich zusammen gerechnet an Geld haben. Weitere Ergebnisse aus dem aktuellen Sozialbericht: Die Lohneinkommen wuchsen in den vergangenen Jahren wesentlich schwächer als Gewinne und Vermögen. Und im reichen Österreich sind rund eine Million Menschen armutsgefährdet.

Umdenken. Die Wirtschaftskrise erfordert ein aktives Gegensteuern des Staates. Damit der Anstieg der Arbeitslosigkeit möglichst gering bleibt, wurden Konjunkturpakete und ein Bankenrettungspaket verabschiedet und die Möglichkeit, Kurzarbeit zu vereinbaren, ausgeweitet. Die Krise sollte aber auch dazu genutzt werden, um die Fehlentwicklung bei der Verteilung des Wohlstandes zu korrigieren.

Geiz - nein danke! Österreich zählt bei der Vermögensbesteuerung zu den Schlusslichtern unter den Industrieländern. Verteilungsgerechtigkeit sieht anders aus. Weniger Bescheidenheit bei der Besteuerung von Vermögen – mehr Solidarität mit jenen, die unsere Unterstützung brauchen. So müssen die Vorgaben für einen fairen Umbau des Steuersystems lauten. Die von der Regierung geplante Lohnsteuerreform zur Entlastung der ArbeitnehmerInnen kann deshalb nur ein erster Schritt sein. Wir brauchen eine grundsätzliche Umstellung des Steuersystems, weg von Steuern auf Arbeit, hin zur Besteuerung der großen Vermögen.

Wege aus der Armut. Wer den Job verliert und nicht rasch einen neuen findet, rutscht leicht in die Armut ab. Denn die Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit sind in Österreich relativ niedrig. vida tritt für eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes ein. Auch die bedarfsorientierte Mindestsicherung muss rasch umgesetzt werden, um Armut in unserem Land zu verhindern.

Rudolf Kaske
vida-Vorsitzender
rudolf.kaske@vida.at

Arbeitslosigkeit

Wann und in welcher Höhe gibt es Arbeitslosengeld?

Wer den Job verliert, sollte sich schnellstmöglich beim Arbeitsmarktservice melden.

Sie gelten als arbeitslos, wenn Sie nach der Beendigung Ihres Arbeitsverhältnisses, freien Dienstverhältnisses oder der Selbstständigkeit noch keinen neuen Job gefunden haben. Sie müssen beim Arbeitsmarktservice (AMS) des Bezirkes, in dem Sie Ihren Wohnsitz bzw. ständigen Aufenthalt haben, einen Antrag auf Arbeitslosengeld stellen. Stellen Sie den Antrag unverzüglich persönlich beim AMS, da das Arbeitslosengeld frühestens mit dem Tag der Antragstellung zuerkannt wird.

Früher melden. Wer bereits vorab, noch vor Eintritt der Arbeitslosigkeit, über das Online-Portal „Next Job“ das genaue Ende seines Beschäftigungsverhältnisses bekannt gibt, muss nicht sofort am ersten Tag der Arbeitslosigkeit beim AMS vorstellig werden. Sie bekommen stattdessen vom AMS einen individuellen Termin genannt, der Ihnen eine lange Wartezeit erspart.

Wer bekommt Arbeitslosengeld?

Wenn Sie erstmals Arbeitslosengeld beantragen, müssen Sie innerhalb der vergangenen zwei Jahre mindestens 52 Wochen an arbeitslosenversicherungspflichtiger Beschäftigung nachweisen, also einen Job über der Geringfügigkeitsgrenze gehabt haben. Bei jeder weiteren Inanspruchnahme reichen 28 Wochen Beschäftigung innerhalb des letzten Jahres. Für unter 25-Jährige genügt auch für den erstmaligen Bezug des Arbeitslosengeldes das Vorliegen von 26 Wochen arbeitslosenversicherungspflichtiger Beschäftigung innerhalb der letzten 12 Monate. Für welchen Zeitraum Ihnen das Arbeitslosengeld zuerkannt wird, richtet sich nach der Dauer der Beschäftigung und nach Ihrem Alter bei der Antragstellung.

AMS-Termine einhalten. Die Kontrolltermine des AMS müssen unbedingt eingehalten werden. Melden Sie sich nicht, verlieren Sie den Leistungsanspruch bis zur nächsten persönlichen Meldung. Informieren Sie da-



Foto: Fotolia/Martin Schmid

Webtipp

www.ams.at/nextjob - das Servicportal für die frühzeitige Meldung der Arbeitslosigkeit beim AMS.



her bei Verhinderung unbedingt das AMS und gehen Sie sofort nach Wegfall des Verhinderungsgrundes persönlich zum AMS.

Höhe der Geldleistung. Der Grundbetrag des Arbeitslosengeldes beträgt 55 Prozent des täglichen Nettoeinkommens, das sich aus der Beitragsgrundlage ergibt. Die Bemessungsgrundlage richtet sich bei Geltendmachung von 1. Jänner bis 30. Juni des jeweiligen Jahres nach der Jahresbeitragsgrundlage aus arbeitslosenversicherungspflichtigem Entgelt des vorletzten Jahres. Für Personen, die im ersten

Halbjahr 2009 arbeitslos werden, wird also das Entgelt aus 2007 für die Berechnung des Arbeitslosengeldes herangezogen. Wenn Sie zwischen 1. Juli und 31. Dezember Arbeitslosengeld beantragen, richtet sich der Grundbetrag des Arbeitslosengeldes nach der Jahresbeitragsgrundlage des letzten Kalenderjahres. Das Arbeitslosengeld wird immer monatlich im Nachhinein ausbezahlt, ca. um den 8. des Monats. Das Geld wird auf das Girokonto überwiesen bzw. beim Postamt hinterlegt.

gertrude.oelmack@vida.at

Altersvorsorge

Gesetzliches Pensionssystem ist unersetzbar

In der Krise zeigt sich, wie wichtig ein staatliches Pensionssystem ist. Bei den Pensionskassen fordern die Gewerkschaften eine Reparatur.

Vor hundert Jahren trat erstmals in Österreich ein Gesetz zur Pensionsversicherung in Kraft. Ein Meilenstein, auch wenn das Gesetz nur für Privatanestellte galt. Heute stammen 90 Prozent der Pensionseinkommen in Österreich aus der staatlichen Pensionsversicherung. „Gerade in der Krise zeigt sich, wie wichtig eine starke gesetzliche Pensionsversicherung ist“, sagt die Sozialversicherungsexpertin des ÖGB, Dinah Djalinous-Glatz mit Blick auf die USA. Dort sind die staatlichen

Pensionen sehr niedrig, weshalb viele ArbeitnehmerInnen ihr Leben lang in Pensionsfonds am Kapitalmarkt einzahlen. Der Absturz der Aktienmärkte hat zur Folge, dass nun viele AmerikanerInnen befürchten, den Pensionsantritt nach hinten verschieben zu müssen.

Schwachstellen beheben. Verbesserungsbedarf gibt es aber auch in unserem Pensionssystem. „Die Eigenpensionen der Frauen liegen im Schnitt um 40 Prozent unter jenen der Männer. Zeiten der Kindererziehung müssen besser angerechnet werden“, verlangt Djalinous-Glatz. Auch die Schwerarbeitsregelung ist reformbedürftig. Wer wegen Krankheit vorzeitig in die Invaliditätspension gehen muss, profitiert nicht von der Schwerarbeitsregelung. Der ÖGB verlangt zudem, dass auch nach 2013 – nach dem jetzigen Pensionsrecht endet dann die Hacklerregelung – Personen, die 45 bzw. 40 Jahre (Frauen) gearbeitet haben, mit 60 (55) Jahren in Pension gehen können.



ÖGB-Expertinnen Djalinous-Glatz (links im Bild) und Magerl: „Die Lücken im Pensionssystem schließen.“

Foto: vida/Martina Fassler

Zusatzpensionen absichern. Auch in Österreich haben die meisten Pensionskassen einen Teil des Geldes in Aktien investiert und damit Verluste eingefahren. Zum Nachteil der PensionsbezieherInnen erweist sich, dass die schwarzblaue Regierung die Schutzmechanismen bei den Pensionskassen zurückgefahren hat. ÖGB-Juristin Susanne Ma-

gerl sagt dazu: „Schwarz-Blau hat die garantierte Mindestverzinsung abgeschafft, was sich nun in Form von Pensionkürzungen auswirkt. Damit die ArbeitnehmerInnen vor künftigen Kürzungen geschützt sind, muss die Garantie für die gesetzliche Mindestverzinsung wieder eingeführt werden.“

martina.fassler@vida.at

Transportbranche

Schrumpfende Tonnagen



Foto: RailCargo © Roland Eisenbeutl, ÖBB

Auftragseinbrüche im Verkehrsbereich: Die Gewerkschaft warnt vor überzogenen Maßnahmen bei den Beschäftigten.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise trifft die Transportbranche hart: Schiene und Straße kämpfen mit rückläufigen Tonnagen.

Das es angesichts der Wirtschaftskrise für die Transportwirtschaft insgesamt hart werde, leitete die Tageszeitung „Der Standard“ Mitte Jänner am Rückgang der Einnahmen aus der Lkw-Maut beim österreichischen Autobahnen- und Schnellstraßenbetreiber Asfinag ab: Die Einnahmen seien im letzten Quartal 2008 um zehn Prozent gesunken. Hochgerechnet auf das Jahr müsse die Asfinag mit 100 Millionen Euro an Mindereinnahmen rechnen, prognostiziert die Tageszeitung.

Kurzarbeit bei AUA. Bei den nun der Lufthansa gehörenden Austrian Airlines (AUA) verhandeln Vorstand, Betriebsrat und Gewerkschaft ein Maßnahmenpaket zur Arbeitsplatzsicherung mit Arbeitszeitver-

kürzung und dem Abbau von Urlaubsständen. In der allgemeinen Wirtschaftskrise verzeichnet die Luftfahrtbranche weltweit Passagierrückgänge. „Im Flugbetrieb haben wir Erfahrung mit der Aussteuerung von temporären Produktionsschwankungen. Daher werden wir auch diese schwierige Situation ohne Personalabbau meistern“, wird BORD-Betriebsratschef Georg Riedl (AUA) zitiert.

Rückgänge auch bei ÖBB. Getroffen hat die Krise auch die Rail Cargo Austria (RCA) AG. Die Güterverkehrs- und Logistiktochter der ÖBB wird vom Produktionseinbruch in der Industrie getroffen. Die Menge der beförderten Güter ist rückläufig. Kompensiert werden, so RCA-Vorstandschef Friedrich Macher im Interview mit der APA, soll dies mit Kostensenkungen durch Personalabbau durch natürliche Abgänge, Synergien und Schließungen. Die RCA hat bereits 2007 wegen Rückstellungen, bedingt durch Verluste aus den Spekulationsgeschäften, Einbußen vermeldet. ÖBB-Personenverkehrsmanagerin Gabriele Lutter glaubt, dass ab dem Frühjahr der grenzüberschreitende Per-

sonenfernverkehr deutlich und auch der Nahverkehr zurückgehen werden.

Nicht zu voreilig. ÖBB-Konzernbetriebsratschef Wilhelm Haberzettl betont dazu einmal mehr, dass es aufgrund der Spekulationsverluste zu keinen Nachteilen für die Beschäftigten kommen dürfe. Auch die Wirtschaftskrise dürfe nicht als Vorwand für Verschlechterungen missbraucht werden. „Dass es Rückgänge im Personen- und Güterverkehr geben wird und dass das die EisenbahnerInnen auch spüren werden, ist klar. Ob überhaupt und wie sich die Lage noch zuspitzen wird, ist derzeit allerdings noch nicht über einen längeren Zeitraum seriös zu prognostizieren“, sagt Haberzettl. „Ich warne deshalb vor voreiligen und überzogenen Maßnahmen hinsichtlich der Beschäftigten. Die Konjunktur wird auch wieder anspringen und dann könnte gut ausgebildetes Personal fehlen“, betont der stellvertretende vida-Vorsitzende.

hansjoerg.miethling@vida.at



Foto: APA

Gastkommentar

Staat wieder gefragt?

Die Finanzkrise, ausgelöst durch den Verfall der Grundstückspreise in den USA, hat nunmehr zu einem Einbruch der weltwirtschaftlichen Entwicklung geführt. Unvorstellbar hohe Summen wurden von Notenbanken und Regierungen zur Verfügung gestellt, um Verluste in Bank- und Versicherungsinstituten auszugleichen und deren Finanzierungsfunktion wieder herzustellen. Dennoch konnte ein Überschwappen der Krise auf alle Wirtschaftsbereiche nicht verhindert werden.

Was nun droht, ist das Schrumpfen der Wirtschaften der USA und Europas, ist ein deutlicher Rückgang des Wachstums in den Schwellenländern. Die neue Regierung der USA will, über die dem Finanzsektor zufließenden Mitteln hinaus, 1.000 Milliarden Dollar zur Belebung der Nachfrage einsetzen, die Europäische Union hat alle Mitgliedsländer aufgerufen, mit öffentlichen Mitteln die Konjunktur zu unterstützen. Die österreichische Regierung hat vor allem durch ein Vorziehen von Steuersenkungen und die Erhöhung öffentlicher Investitionen auf den drohenden Wirtschaftsabschwung reagiert. Angesichts der Gefahr sinkender Konsumausgaben und des Rückgangs von Unternehmensinvestitionen ist zu erwarten, dass weitere Konjunkturpakete folgen müssen, um massivere Einbrüche zu vermeiden.

Die Fehler einer schrankenlosen Deregulierung und Liberalisierung und der Politik eines „Mehr Privat, weniger Staat“ werden nunmehr sichtbar. Strikte Regeln müssen gewährleistet, dass der Finanzbereich seine Kreditfunktion für Konsumenten wie Unternehmen wieder erfüllt. Staatsausgaben für Bildung und Forschung, Infrastruktur und Klimaschutz sind ebenso notwendig, wie das Stopfen eines löchrig gewordenen Netzes sozialer Leistungen. Dazu zählt vorrangig der Kampf gegen die Armut und gegen die in den letzten Jahren stark angewachsenen Einkommensunterschiede.

Die Frage, die sich nämlich stellt, ist: Wer zahlt die Rechnung? Wir brauchen wieder ein stärkeres Bewusstsein, dass ein allen zugängliches System der sozialen Absicherung nicht durch individualisierte private Vorsorge ersetzt werden kann. In jenen Ländern, in denen öffentliche Leistungen für das Gesundheitssystem laufend reduziert wurden, in denen immer mehr aus dem System der sozialen Versicherung gedrängt wurden, werden die Kosten für Menschen mit niedrigen Einkommen besonders hoch sein. Es bewahrheitet sich nunmehr, dass das hartnäckige Eintreten der österreichischen Gewerkschaften für die Erhaltung eines leistungsfähigen Sozialstaats und für Vollbeschäftigung nicht nur im Sinne der Gerechtigkeit sondern auch für die Stabilität der Wirtschaft nötig ist. Denn der oft zitierte Satz gilt in Wahrheit nur umgekehrt; Geht's uns allen gut, dann geht's auch der Wirtschaft (wieder) gut.

Zur Person

Dkfm Ferdinand Lacina war von 1984 bis 1995 Mitglied der Bundesregierung, zuletzt neun Jahre als Finanzminister.

„Wenn die Kreditrate aufs Geldbörsel drückt...“



Mögliche Ursachen und Auswege aus der privaten Finanzkrise. AK-Finanzexperte Christian Prantner im Interview über falsche Beratung und das „zweischneidige Schwert“ Fremdwährungskredit.

vida: Was sind aus Ihrer Sicht die Gründe für die aktuellen Finanzierungsschwierigkeiten vieler privater Kreditnehmer?

Prantner: Schwierigkeiten mit einem Kredit entstehen, wenn das Einkommen sinkt, wie zum Beispiel durch Arbeitslosigkeit, Gehaltskürzungen, aber auch Scheidung oder Tod eines Mitkreditnehmers. Ein Kredit läuft bereits dann in die falsche Richtung, wenn er sich in guten Zeiten – also z.B. bei sehr gutem Einkommen (inkl. Prämien, Überstunden etc.) – gerade noch ausgeht. Denn in „schlechten“ Zeiten geht sich die Kreditrate womöglich nicht mehr aus – insbesondere dann, wenn Einkommensverluste mit steigenden Zinsen bzw. steigenden Kreditraten einhergehen. Daher: Bei Kreditaufnahme stets einen „Polster“ einplanen.

vida: Welche Vorgehensweise empfehlen Sie betroffenen KreditnehmerInnen?

Prantner: Wenn die Kreditrate aufs Geldbörsel drückt, sollten Sie sofort mit der Bank reden. Die erste Anlaufstelle ist der Kundenbetreuer in der Filiale. Manche Banken verfügen über Ombudsstellen, die auch unterstützend tätig sein können, wenn es um die Überbrückung von Kreditproblemen geht. Hier gibt es einige Möglichkeiten, wie Stundung (Aussetzen der Rate für bestimmten Zeitraum), eine einvernehmliche Laufzeitverlängerung (um die Rate zu sen-

ken) oder die Vereinbarung eines Sonderzinssatzes. Auf Tauchstation zu gehen, ist mit Sicherheit die teuerste Variante für den Kreditnehmer. Verzugskosten sind teuer, und die Bank kann den Kredit fällig stellen, wenn die Rate über längere Zeit nicht mehr bezahlt wird.

vida: Was sollen KonsumentInnen tun, wenn sie Geld angelegt haben und sich falsch beraten fühlen?

Prantner: Die falsche Beratung eines Anlageberaters muss konkret nachgewiesen werden. Es geht hauptsächlich um die Klärung der Fragen, ob der Berater über Risiken korrekt aufgeklärt hat oder dem Anleger ein Produkt empfohlen hat, das zu den Risikovorstellungen des Anlegers gepasst hat. Beispiele: Ein Kunde, der eine risikolose Veranlagung wünscht, darf keine Immobilienaktie empfohlen bekommen. Oder: Wenn ein Berater sagt, dass eine Immobilienaktie risikolos ist, dann verletzt der Berater seine umfangreichen Informations- und Aufklärungspflichten.

vida: Ich denke hier konkret an den Fall AWD (siehe Kasten), wo viele Menschen um ihre Ersparnisse gebracht wurden...

Prantner: Der AWD ist ein Strukturvertrieb: Abschluss bedeutet Cash – das ist die Triebfeder solcher Verkaufsfirmen. Mitarbeiter erhalten Provisionen und arbeiten in der Regel

auf selbstständiger Basis und auf „Empfehlung“: Statt vom beratenen Kunden ein Beratungshonorar zu verlangen, verlangt der AWD-Berater weitere Namen und Adressen von Freunden oder Bekannten des Kunden.

vida: Wie ist die Situation bei Fremdwährungskrediten?

Prantner: Fremdwährungskredite erweisen sich nun als Finanzierung mit zwei Gesichtern. Die schöne Seite: Die Zinsen sind zumeist merklich günstiger als bei Euro-Krediten. Die hässliche Seite: Diesem Zinsvorteil stehen das Wechselkursrisiko, das Risiko des Ansparproduktes (Erträge können einknicken), viele unklare Vertragsklauseln sowie höhere Spesen als beim Eurokredit gegenüber.

Fremdwährungskredite wurden insbesondere von freien Vermögensberatern und Hypothekarkreditvermittlern aktiv beworben und verkauft. Auch dafür haben Provisionsüberlegungen eine tragende Rolle gespielt. Denn die Finanzberater kassieren oft eine Vergütung von der Bank für den vermittelten Kredit, und Provisionen für die zusätzlich verkauften Ansparprodukten (z.B. Versicherungsverträge, Fondssparpläne).

vida: Was tun, wenn Banken bei Fremdwährungskrediten Liquiditätszuschläge verrechnen oder einen Wechsel des Tilgungsträgers empfehlen?

Prantner: Einzelne Banken argumentieren, dass die Kosten für die Beschaffung von Schweizer Franken auf den Devisenmärkten so gestiegen sind, dass diese auf dem Kreditnehmer überwälzt werden sollen. Wir halten diese Vorgangsweise für unzulässig und die Klauseln, auf die sich diese Banken berufen, sind rechtlich höchst strittig. Verlangt die Bank eine Nachbesicherung, eine Konvertierung und höhere Spesen, dann sollten diese Forderungen und ihre ver-

tragliche Deckung überprüft werden. Erste Frage an die Bank: „Auf welche Klausel berufen Sie sich genau?“ Ein Patentrezept gibt es nicht, man muss immer den Einzelfall analysieren.

vida: Was sind Zwangskonvertierungen? Wie ist hier die rechtliche Situation?

Prantner: Zwangskonvertierungen – also die Umwandlung des Kredites von Fremdwährung in Euro ohne Zustimmung des Kunden – basieren ebenfalls auf höchst strittigen Klauseln. Denn sie sind häufig unbestimmt und mit zuviel Gestaltungsspielraum ausgestattet. Im konkreten Fall sollte der betroffene Kreditnehmer die Klausel überprüfen lassen – durch einen Rechtsanwalt, die Arbeiterkammer oder den Verein für Konsumenteninformation.

ines.schmied@vida.at



Foto: AK Wien

Christian Prantner

Finanzexperte der Arbeiterkammer Wien

Hilfe für AWD-Opfer



Der Strukturvertrieb AWD ist eine von Banken und Versicherungen unabhängige Vermittlungsfirma von Finanzprodukten. Strukturvertriebe sind große Vertriebsorganisationen mit tausenden BeraternInnen, die auf das Haustürgeschäft spezialisiert sind und in erster Linie auf Provisionsbasis verkaufen.

Sammelklagen. Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) geht vor Gericht. Rund 3.000 AWD-KundInnen fühlen sich beim Kauf von Immofinanz-Aktien durch den AWD falsch beraten. Es wurde eine Verbandsklage gegen gesetzwidrige Klauseln und drei Musterklagen auf Schadenersatz im Auftrag des Konsumentenschutzministeriums eingebracht. Weiters werden Sammelklagen organisiert, um den Geschädigten zu ihrem Recht zu verhelfen.

Mehr dazu unter: www.konsument.at

Lesetipp



Christian Prantner:
„Machen Sie mehr aus Ihrem Geld“
Orac Verlag, € 17

Qualifizierung

Während in der Industrie tausende Arbeitsplätze abgebaut werden, gibt es in der Pflege und bei der Kinderbetreuung gute Jobchancen. In Wien bieten das AMS und der waff dafür eigene Ausbildungsprogramme an.

Jobs mit Zukunft

Eine Bekannte von mir ist Heimhilfe. Dadurch hab ich von dem Beruf schon einiges gewusst“, erzählt Erika Entinger. Sie nützte die Arbeitslosigkeit zur eigenen beruflichen Umorientierung. Früher in einem Bürojob bei einer Baufirma beschäftigt, ist die Wienerin seit Dezember des Vorjahres nun selbst ausgebildete Heimhilfe und bei den Wiener Sozialdiensten beschäftigt. Das Besondere an dem Programm „Pflegerberufe“ des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff), das Erika Entinger absolvierte: Bereits vor dem Beginn der Ausbildung gibt es eine fixe Arbeitsplatzzusage durch den zukünftigen Dienstgeber. Der waff trägt maximal die Hälfte der Ausbildungskosten, den Rest finanziert der Dienstgeber. Das AMS zahlt für die Dauer der Ausbildung das Arbeitslosengeld oder die Notstandshilfe weiter bzw. mindestens eine Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts in Höhe von 555 Euro pro Monat plus etwaige Zuschläge. Vom (künftigen) Dienstgeber gibt es zusätzlich den Ausbildungszuschuss von 30 Euro pro Monat.

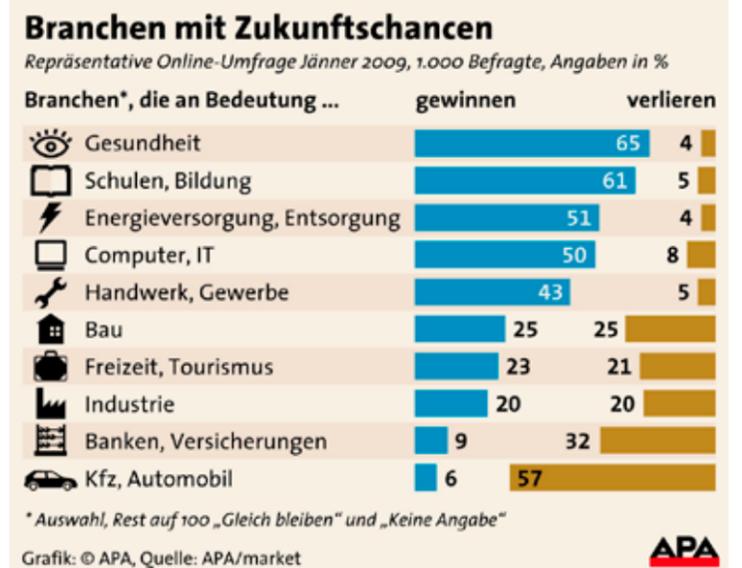
Bewerbungsverfahren. Um in das Programm aufgenommen zu werden, müssen InteressentInnen ein mehrstufiges Bewerbungsverfahren beim waff absolvieren, der (zukünftige) Dienstgeber trifft die Letztentscheidung für eine/n KandidatIn. Erst dann beginnt die Ausbildung. Für 2009 hat der waff für das Programm Pflegerberufe rund eine Million Euro reserviert. Arbeit Suchende erhalten dadurch die Chance, zur Heimhilfe (Ausbildungsdauer drei Monate), zum/zur PflegehelferIn (Ausbildungsdauer: 12 Monate) oder zum/zur diplomierten KrankenpflegerIn (Ausbildungsdauer: drei Jahre) qualifiziert zu werden. „Die Arbeitsmarktchancen der TeilnehmerInnen sind sehr gut. 90 Prozent der TeilnehmerInnen haben nach Abschluss der Ausbildung eine Anstellung“, sagt vida-Bundesgeschäftsführer und waff-Vorstandsvorsitzender Norbert Bacher-Lagler.

Nur für Motivierte. „Die Ausbildung ist toll, aber zeitintensiv, da ganztags, und auch inhaltlich fordernd. Beim theoretischen Unterricht ist es wichtig, von Beginn an mitzulernen, damit man den Stoff bei der Prüfung beherrscht“, meint Erika Entinger. Auch der Rückhalt in der Familie war für sie wichtig. „Für meinen Mann war klar, dass ich das durchziehen will und deshalb auch manche Abende und Wochenenden fürs Lernen draufgehen.“ Viel Organisationstalent, um Job und Familie zu vereinbaren, ist für die Mutter eines vierjährigen Sohnes auch weiterhin gefragt. „BewerberInnen sollten sich klar sein, dass im Gesundheitsbereich auch am Wochenende gearbeitet wird. Nachtdienste bzw. im Fall der Heimhilfen Abendeinsätze gehören ebenfalls dazu“, berichtet vida-Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger über den Arbeitsalltag in den Betreuungs- und Pflegeberufen. Für Heimhilfen kommt dazu, dass fast ausschließlich Teilzeitjobs angeboten werden. Erika Entinger etwa hat aktuell eine 30-Stunden-Verpflichtung – und ist damit zufrieden. „Bei den Wiener Sozialdiensten wurde mir beim Bewerbungsgespräch gesagt, wie die Arbeitsbedingungen sind. Ich arbeite sehr gern mit älteren Menschen. Für mich passt der Job“, sagt sie.

Arbeit im Kindergarten. Für Arbeit Suchende mit Matura und für KindergartenhelferInnen mit dem Wunsch nach Höherqualifizierung bietet die Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik (BAKIP) in Wien die Ausbildung zur Kindergartenpädagogin bzw. zum Kindergartenpädagogen an. Die Ausbildung dauert für MaturantInnen fünf Semester (Modell „Pick up“), für Arbeit Suchende bzw. KindergartenassistentInnen ohne Matura sieben Semester (Modell „Change“). Bereits nach dem zweiten Semester, bzw. bei Personen ohne Matura nach dem vierten Semester, erfolgt die Aufnahme eines Dienstverhältnisses, die letzten drei Semester der Ausbildung werden berufsbegleitend absolviert. Arbeit Suchende, die beim AMS vorgemerkt sind, können auch bei dieser Ausbildung eine

finanzielle Unterstützung vom AMS erhalten.

Finanzierung abklären. „Wichtig ist es, das rechtzeitig vor Beginn der Ausbildung mit seiner zuständigen Betreuungsperson beim AMS zu besprechen“, rät Alois Oberhauser, Leiter der regionalen AMS-Geschäftsstelle Währinger Gürtel, Arbeitslosen. KindergartenhelferInnen, die aktuell in einem Kindergarten arbeiten, und sich über dieses Programm höher qualifizieren wollen, sollten ihren Weiterbildungswunsch und etwaige Unterstützungsmöglichkeiten mit ihrem Arbeitgeber besprechen. Genauere Infos zu



den beiden Ausbildungslehrgängen erhalten InteressentInnen beim Tag der Offenen Tür direkt in der BAKIP am

16. März, die nächsten Lehrgänge starten im September.

martina.fassler@vida.at

waff Programm **Pflegerberufe**

Voraussetzungen für die Bewerbung:

- Arbeitslos gemeldet beim AMS
- Mindestalter 18 Jahre
- Positiver Pflichtschulabschluss
- Physische und psychische Eignung

Weitere Informationen zur Bewerbung erhalten Sie beim waff unter Tel: 01/217 48-632, E-Mail: pflegerberufe@waff.at und im Internet unter <http://pflegerberufe.waff.at>



Kindergartenpädagogik Modell PICK UP

Voraussetzungen für die Bewerbung:

- Positiver Abschluss der achten Schulstufe plus 3 Jahre Schulbildung
- Bestandene Eignungsprüfung

Kindergartenpädagogik Modell CHANGE

Voraussetzungen für die Bewerbung:

- Matura, Studienberechtigungsprüfung oder Berufsreifeprüfung
- Bestandene Eignungsprüfung

Tag der Offenen Tür:

Für beide Lehrgänge am 16. März von 9-13 Uhr.

Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik, Patrizigasse 2, 1210 Wien,

Tel: 01/27534 90950

Mail: ba@ma10.wien.gv.at



Informationen zu den Berufen



Bei Fragen zu den Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen oder in Kindergärten steht Ihnen in der Gewerkschaft vida Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger zur Verfügung.

Tel: 01/54641-420, E-Mail: michaela.guglberger@vida.at

Webtipp



www.wien.gv.at/bildung/kindergarten/

Pilotprojekt bringt Geld zurück

VAEB setzt mit bundesweitem Pilotprojekt innovatives Anreizsystem für ihre Versicherten ein.

Viel wird über sie gesprochen und auch beim letzten Anlauf zur Gesundheitsreform standen sie im Mittelpunkt: die Generika. Was kompliziert klingt, ist ganz einfach: Pharmafirmen, die neue Medikamente auf den Markt bringen, erhalten für diese einen Patentschutz, der zeitlich begrenzt ist. Nach Ablauf dieser Zeitspanne haben andere Firmen die Möglichkeit, diese Präparate „nachzubauen“. Da dabei keine Forschungs- und Entwicklungskosten mehr anfallen, sind diese Medikamente, die ebenso strengen Qualitäts- und Wirksamkeitskontrollen unterliegen, dann in der Regel um einiges günstiger.

Geld vernünftig einsetzen. Gerade in Zeiten, in denen die Kosten im Gesundheitssystem laufend steigen, sind Generika eine Möglichkeit bei gleich bleibender Qualität in der Versorgung die Ausgaben zu senken. Im internationalen Ver-

gleich hat Österreich in punkto Generikaeinsatz noch einigen Nachholbedarf: Während in Deutschland mittlerweile 60 Prozent der verschriebenen Medikamente Generika sind, liegt der Anteil in Österreich bei rund 20 Prozent. Die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau liegt mit einem Anteil von 43 Prozent deutlich über dem Durchschnitt.

Qualität erhalten. VAEB-Obmann Gottfried Winkler: „Dennoch möchten wir weitere Initiativen setzen, um den Anteil zu steigern. Denn jeder Cent, den wir bei den Medikamentenkosten einsparen können, steht den Versicherten in einem anderen Bereich wieder zur Verfügung. Unser oberstes Ziel ist es, auch in schwierigen Zeiten die Qualität des österreichischen Gesundheitswesens zu erhalten. Und dafür braucht es innovative Projekte.“ Aus diesem Grund hat die VAEB ein Pilotprojekt gestartet, das den



Foto: Fotolia

Generikanteil weiter heben soll und auf die Mitverantwortung der Versicherten setzt.

Freiwillig mitmachen. Wird künftig statt eines Originalpräparates ein Generikum verwendet, erhält der Versicherte je Medikamentenpackung einen Bonus von 1 Euro im Rahmen der Behandlungsbeiträge. Durch gezielte Nachfragen beim Arzt nach kostengünstigen Generika können die Versicherten so auf

freiwilliger Basis einen Beitrag zur Sicherung der Gesundheitssystems leisten. Ziel ist es, den Anteil an Generika auf 55 Prozent zu steigern. Das Pilotprojekt hat eine Laufzeit von einem Jahr und umfasst vorerst nur ausgewählte Medikamentengruppen: Magensäureblocker und Magenschutzmedikamente, Bluthochdruckmittel bei Herzschwäche, Entwässerungs- und Blutdruckmittel, cholesterinsenkende Präparate und Anti-

depressiva. Winkler: „Uns ist es wichtig zu betonen, dass wir mit diesem Projekt keine Einflussnahme auf die gesetzlich gewährleistete ärztliche Therapiefreiheit nehmen, sondern das Bewusstsein für sinnvolle Einsparungen schärfen wollen.“

Nähere Infos erhalten VAEB-Versicherte unter der Telefonnummer 0316 / 330 - 263 (Herr Michael Hueber).

alice.wittig@vaeb.at

vida Salzburg

„Zur richtigen Zeit am richtigen Ort“



Das vida Salzburg-Team – im Bild Landesvorsitzender Walter Androschin (l.) und Landesgeschäftsführer Thomas Berger (r.) - gratulierte dem Held des Tages Harald Voglhuber.

Dem tatkräftigen Einsatz des Salzburger Hausbesorger Harald Voglhuber ist es zu verdanken, dass alle BewohnerInnen aus einem brennenden Haus gerettet werden konnten.

Harald Voglhuber wird als Held des Tages gefeiert. In Salzburg-Lehen betreut er 120 Wohnungen. Bei einem seiner täglichen Rundgänge um das Haus bemerkte der aufmerksame Hausbesorger, dass aus einer Mansardenwohnung Rauch quoll. Geistesgegenwärtig informierte Voglhuber sofort die Feuerwehr. Danach läutete er bei allen Wohnungen Sturm und schrie lauthals, um die BewohnerInnen zu warnen.

Flucht aus den Flammen. Dank der schnellen Reaktion konnten alle rechtzeitig aus dem brennenden Haus flüchten. Unter

Einsatz von Atemschutz gelang es der Berufsfeuerwehr schließlich den Brand zu löschen. Die hölzerne Zwischendecke zum Dachboden stand zu diesem Zeitpunkt bereits lichterloh in Flammen.

Couragierter Einsatz. Der Aufmerksamkeit des Hausbesorger und seinem Einsatz ist es zu verdanken, dass niemand zu Schaden kam und auch schwerer Sachschaden abgewendet werden konnte.

Beitrag zur Sicherheit. „Dieser Fall zeigt sehr gut, wie wichtig die individuelle Betreuung von Liegenschaften durch Hausbe-

sorger oder Hausbesorgerinnen sein kann“, so Thomas Berger, vida-Landesgeschäftsführer in Salzburg. Der Einsatz von Harald Voglhuber müsse eine Signalwirkung für das weitere Handeln der Politik und der Liegenschaftseigentümer haben. Allzu leicht werde in der Hausbetreuung nur nach einer kostengünstigen Lösung gesucht und vergessen, dass geschulte ArbeitnehmerInnen vor Ort einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit, Wohnqualität und Werterhaltung der Gebäude leisten.

peter.haibach@vida.at

vida-Hausbrandaktion 2009

Günstige Brennstoffe für Mitglieder

Die erfolgreiche, jährliche Hausbrand-Aktion der Gewerkschaft vida gemeinsam mit unseren Vertragspartnern findet seit Jahren entsprechende Akzeptanz bei unseren Kolleginnen und Kollegen. Diese Aktion berechtigt alle vida-Mitglieder - gegen Vorlage der Mitgliedskarte - zum Bezug vergünstigter Brennstoffe.

Rund 7.750 Mitglieder haben im letzten Jahr die Aktion in Anspruch genommen und rund 5.780 Tonnen an Braunkohlebriketts, Koks und Steinkohle um bis zu 15 Prozent günstiger bezogen - der Preisvorteil der österreichweit einheitlichen Konditionen ist regional unterschiedlich. Neutrale Bezugsscheine für die Mitglieder-Hausbrandaktion liegen neben den Bezugsstellen in Ihrer Nähe (Liste unten auf dieser Seite) seit heuer auch in den vida-Landessekretariaten auf sowie auf www.vida.at als Download. Bitte beachten Sie die besonderen Konditionen für das Bundesland Salzburg!

Pellets von Genol

Da unsere Partnerfirma Genol zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch keine Aktionspreise nennen konnte, werden wir Sie in der nächsten vida-Zeitschrift über ermäßigte Angebote für Mitglieder zum Bezug von Pellets informieren.

Colpack Hausbrand-Abgabestellen

Wien: Fa. A. Gonano, Bahnhof Klein Schwechat, 1110 Wien.

NÖ: in den Lagerhäusern in den Lagerhäusern Absdorf, Amstetten, Angern, Dobermannsdorf, Ebreichsdorf, Eggenburg, Gmünd, Guntramsdorf, Gr. Engersdorf, Gr. Gerungs, Großweikersdorf, Grimmenstein, Herzogenburg, Hetzmannsdorf, Hollabrunn, Horn, Kemmelbach, Kirchberg/Wagram, Kröllendorf, Laa/Thaya, Loosdorf, Mank, Martinsberg, Michelhausen, Mistelbach,

Colpack

Die Colpack bietet feste Brennstoffe zu nachstehenden Preisen an, wobei wir Sie auf den geänderten **Bezugszeitraum 1. Jänner bis 31. Juli 2009 und Bestellannahme bis 30. April 2009** hinweisen möchten.

Alle Bundesländer mit Ausnahme von Salzburg:

	Selbstabholung
Bündelbriketts (25 kg)	€ 319,20 /Tonne
Hüttenkoks II (40-60 mm)	€ 380,40 /Tonne
Hüttenkoks III (20-40 mm)	€ 356,40 /Tonne
Steinkohle	€ 336,00 /Tonne
Bestellung bis:	30. April 2009

Preise inkl. MWST.

Selbstabholung:

- lose Ware und Bündelbriketts (mind. 500 kg je Abholung)
- Säcke ab Lager abgeholt **32 Euro pro Tonne.**

Zustellgebühr:

- bei Zustellung lose abgekippt bzw. Brikettsbündel vors Haus abgestellt (mind. 2 to je Sorte) **45 Euro pro Tonne;**
- bei Zustellung Säcke auf Palette vors Haus abgestellt (mind. 2 to je Sorte) **78 Euro pro Tonne;**
- bei Zustellung Säcke und Bündelbriketts frei Keller abgetragen dient der Dienstleistungssatz von **118 Euro pro Tonne** als Richtwert und ist bei Verfügbarkeit vom Kunden mit der Auslieferstelle individuell zu vereinbaren

Bundesland Salzburg

Die Colpack bietet für das Bundesland Salzburg ausschließlich feste Brennstoffe verpackt a 25 kg an. Nützen Sie den

	Selbstabholung
Bündelbriketts (25 kg)	€ 319,20 /Tonne
Hüttenkoks II (40-60 mm) PE-Sack 25 kg	€ 460,80 /Tonne
Hüttenkoks III (20-40 mm) PE-Sack 25 kg	€ 436,80 /Tonne
Steinkohle	€ 423,60 /Tonne
Bestellung bis:	30. April 2009

Preise inkl. MWST.

Selbstabholung:

- Mindestmenge je Abholung sind 500 kg.
- Vereinbarte Abholtermine sind unbedingt einzuhalten.

Zustellgebühr:

- bei Zustellung Säcke und Brikettsbündel vors Haus abgestellt **45 Euro pro Tonne;**
- bei Zustellung Säcke und Bündelbriketts frei Keller abgetragen **98,40 Euro pro Tonne.**

Allgemeine Bestimmungen für alle Bundesländer:

Hinweis: In den angegebenen Preisen ist die gesetzlich vorgeschriebene Energieabgabe von 60 Euro pro Tonne inkl. MWSt. enthalten. Haben Sie schon einmal bei Colpack bestellt, erhalten Sie automatisch einen Bestellschein für das Jahr 2009 zugeschiedt. Bei Bestellungen bitte diesen verwenden, und bei der Bezugsstelle abgeben. Neutrale Bestellscheine liegen ab Anfang Februar 2009 auch bei Ihrer Bezugsstelle auf.

Achtung: Bei Nichtübernahme durch die KundInnen ist eine Pauschale von 50 Euro für die zweite Zustellung zu bezahlen.

Fehring, Gleisdorf, Hartberg, Murau, Neumarkt, Preding-Wieselsdorf, Weitersfeld/Mur.

OÖ: In den Lagerhäusern Altmünster, Bad Goisern, Bad Ischl, Eberschwang, Frankensmarkt, Freistadt, Traunviertel Garsten, Gurten, Grieskirchen-Gallspach, Herzogsdorf, Hörsching, Laakirchen, Ottensheim, Mauerkirchen, Neumarkt-Kallham, Oberberg-Altheim, Ried, Riedau, Rohrbach-Berg, Redl-Zipf, Sumnerau, St. Martin, Schärding, Schwanenstadt, Wels, Weissenbach-St. G.

Salzburg: Raiffeisenverband Salzburg, Metzgerstraße 65, 5101 Bergheim.

Kärnten: Fa. Mikulan, 9761 Greifenburg 40 und **in den Lagerhäusern** Bad St. Leonhard, Bleiburg, Feldkirchen, Hermagor, Klagenfurt, Lurnfeld Pusarnitz, Treibach, Villach.

Osttirol: Fa. Rossbacher, 9900 Lienz, Tristacher Straße 13.

Tirol: Fa. Förg, 6424 Silz, J.G.-Öggstraße 13; Fa. Gutmann, 6500 Landeck, Perjener Weg 19 (vorm. Fa. Whys-Greuter); Fa. Nindl, 6020 Innsbruck, Reim-

michlgasse 5; Fa. Stocker, 6112 Wattens, J. Speckbacherstraße 12; Fa. Waldhart, 6410 Telfs, Klosterfeld 1.

Vorarlberg: Fa. VTR Vorarlberg, 6713 Ludesch 375; Fa. Siess, 6714 Nüziders, Bundesstraße 18.

Im Sinne des Übereinkommens mit der Fa. Colpack als Zweigniederlassung Wien der Rheinbraun Brennstoff GmbH 1040 Wien sind Hausbrand-Bestellungen ausschließlich bei den hier veröffentlichten Vertrags-händlern und -lagerhäusern durchzuführen.

Erste vida-Regionen gegründet

Im Pinzgau und im Südburgenland wird der vida-Gedanke auf regionaler Ebene gelebt.

Sich untereinander vernetzen und vor Ort gewerkschaftliches Engagement zeigen, das wollen die Mitglieder, die sich im Pinzgau und in der Region Güssing/Jennersdorf im Jänner zur Gründung der ersten beiden vida-Regionen zusammengefunden haben. „In unserem Regionalvorstand sind Beschäftigte aus den verschiedensten Berufsgruppen der vida vertreten. Keiner von uns kann über alle Berufsgruppen der vida arbeitsrechtlich Bescheid wissen und das ist auch nicht nötig. Auf die Zusammenarbeit kommt es an. Egal ob man selber aus dem Verkehrsbereich oder der Seilbahnwirtschaft stammt, aus dem Tourismus oder den Gesund-

heitsberufen - wichtig ist, dass wir die richtigen Ansprechpartner weiter vermitteln, wenn wir vor Ort um Rat gefragt werden und so unser Wissen bündeln. Wir wollen durch unsere Arbeit auch noch mehr PinzgauerInnen für die Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft gewinnen“, erklärte Rudolf Schuchter bei der Gründungsversammlung der vida-Region Pinzgau. Schuchter ist Beschäftigter beim ÖBB-Postbus. Die 140 vida-Mitglieder, die an der Gründungsversammlung in Saalfelden teilnahmen, wählten ihn mit hundert Prozent Zustimmung zum ersten Vorsitzenden ihrer Region. Im Pinzgau sind rund 1.400 Menschen in der Gewerkschaft vida organisiert. Mit viel Schmach moderiert wurde die Regionalkonferenz von Günther Blumthaler von der ÖBB-Infrastruktur Bau AG, der auch für die Zukunft zusagte, die vida-Region Pinzgau tatkräftig zu unterstützen.

Während die Region Pinzgau auf den bisherigen Ortsgruppen der EisenbahnerInnen in Saal-

felden und Zell am See aufsetzt, gab es im Bereich Güssing/Jennersdorf bislang gar keine vida-Strukturen auf regionaler Ebene. „Ich habe die Geburt der vida im Burgenland miterlebt. So wie unsere Landesorganisation vor zwei Jahren, steht heute unsere erste Regionalstruktur auf Kinderfüßen, aber die werden wachsen“, sagte Josef Kurta, Betriebsratsvorsitzender beim Roten Kreuz Burgenland und neu gewählter Vorsitzender der Region bei der Gründungskonferenz. Auch Kurta und die elf Frauen und Männer, die mit ihm den vida-Regionalvorstand bilden, wurden mit hundert Prozent Zustimmung gewählt. „Wir werden die Ideen und die Erfahrung der PensionistInnen, der Jugend und aller Branchen in unsere Arbeit einbinden“, kündigte Josef Kurta in seiner Antrittsrede an. Alle interessierten vida-Mitglieder aus dem Südburgenland sind herzlich zur Mitarbeit bei der vida-Region Güssing/Jennersdorf eingeladen.



Viele PinzgauerInnen waren bei der Gründung ihrer vida-Region in Saalfelden am 9. Jänner mit dabei.



Nach der Wahl: Das Team der vida-Region Güssing-Jennersdorf mit Gästen aus Bund und Land.

Bildung

Beim Schnupperkurs im EDV-Zentrum der Gewerkschaft vida in Wien benötigen Sie keinerlei Vorkenntnisse. Melden Sie sich an!

Was kann das Programm Microsoft Word? Beim vida-Kurs erhalten Sie einen Überblick über die Bearbeitungsmenüs sowie die Funktionsvielfalt und können Ihren Schriftverkehr mit Microsoft Word erledigen. Auch mit dem Tabellenkalkulationsprogramm Excel macht

vida hilft Ihnen beim Einstieg in die EDV

Sie vida in dem Schnupperkurs vertraut. Sie lernen, mit Excel einfache Tabellen inklusive Formeln und Diagramme zu erstellen und zu drucken. Darüber hinaus erfahren Sie welche Möglichkeiten das Internet bietet und machen Ihre ersten „Surfversuche“ im Netz.

Die Termine

Kurs 323: 25.03., 30.03., 01.04., 06.04. und 08.04. 2009, abends 17:30 bis 20:30 Uhr

Kurs 324: 03.06., 08.06., 10.06., 15.06. und 17.06. 2009, abends 17:30 bis 20:30 Uhr

Unterrichtseinheiten pro Kurs: 20

Kursort:

Gewerkschaft vida,
Margaretenstraße 166,
1050 Wien

Kosten:

130 Euro, bei Einlösung des AKplus Gutscheins 30 Euro. Anspruch auf den AK-Bildungsgutschein haben alle ArbeitnehmerInnen, die Mitglied der AK Wien sind.

Sie können den Bildungsgutschein anfordern:

per Tel.: 0800 311 311 oder
per Fax: 0800 20 20 45 unter Bekanntgabe von Name, Adresse und Mitgliedsnummer

Für weitere Fragen stehen Ihnen die MitarbeiterInnen des vida-Bildungsreferats gerne zur Verfügung:

Natalia Seidl 01/546 41 DW 163,
Sonja Holy DW 161.

Impressum

Herausgeber: ÖGB, Gewerkschaft vida, Margaretenstraße 166, 1050 Wien. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1230 Wien, Altmannsdorfer Str. 154-156, Tel. 01/662 32 96, Fax 01/662 32 96/6385, E-Mail: renate.wimmer@oegbverlag.at, [www: http://www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at). **Hersteller:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21. **Herstellungsort:** Neudörfel

Redaktionsteam dieser Ausgabe: Walter Darmstädter, Karl Goldberg, Martina Fassler (mf, Chefredaktion), Franz Gumpinger, Peter Haibach, Brigitte Kail, Gertrude Oelmack, Hansjörg Miethling, Maria Ostermann, Petra Pauer, Ines Schmied, Rudolf Srba, Sylvia Tatra, Alice Wittig. **Grafik:** Michael Mazohl, ÖGB-Verlag. **Redaktionsadresse:** Gewerkschaft vida, Margaretenstraße 166, 1050 Wien, zeitschrift@vida.at, Tel: 01/54641-114. **DVR-Nr.:** 0046655. **ZVR:** 576 439 352

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154-156. **Geschäftsführung:** Mag. Gerhard Bröthaler, DI Gerald Wödl. **Einziger Gesellschafter:** ÖGB Beteiligungsgesellschaft m.b.H. **Sitz:** Wien

Unternehmensgegenstand: Die Herstellung und Verbreitung literarischer Werke aller Art, insbesondere von Büchern und Broschüren jeden Umfanges, von Zeitungen und Zeitschriften, Kunstblättern, ferner von Lehrmitteln, welche durch ein graphisches Verfahren vervielfältigt werden können, und von Buchkalendern sowie überhaupt der Betrieb eines Verlages für den Österreichischen Gewerkschaftsbund; der Betrieb einer Werbe-, Multimedia- und Event-Agentur; das Erbringen von Dienstleistungen in der automationsunterstützten Datenverarbeitung und Informationstechnik sowie die Errichtung und Führung von Organisations- und Verwaltungseinrichtungen; der Handel mit Waren aller Art. Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die in den Statuten und der Geschäftsordnung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (Fassung gemäß Beschluss durch den 16. Bundeskongress des ÖGB) festgehalten sind.

Spesenfrei

JETZT MIT UMSTIEGSBONUS!

Das Konto zum Nulltarif

www.spesenfrei.at

Daueraufträge, Überweisungen, Einziehungsaufträge, Kontoführung etc. – all das kostet bei anderen Banken viele, viele Euros Ihres hart verdienten Geldes.

Ihr Konto bei der Sparda-Bank kostet Sie keinen Cent.

Alle Arbeiten der Kontoverlegung zur Sparda-Bank werden computerunterstützt rasch und sicher erledigt.

Internet-Banking gratis!

Die **SPARDA**bank immer in Ihrer Nähe:

4020 Linz, Wienerstraße 2a	0732/6-5-4-3-2-1-0	BASA: 870/654
4020 Linz, Landstraße 78	0732/6-5-4-3-2-1-500	BASA: 870/654-500
4020 Linz, Hugo-Wolf-Straße 21	0732/66 52 83	
4020 Linz, Hauptbahnhof	0732/65 41 00	BASA: 870/654-602
4020 Linz, Hamerlingstraße 44	0732/65 51 44	
5020 Salzburg, Schallmooser Hauptstr. 18	0662/87 65 67	
5020 Salzburg, Hauptbahnhof	0662/87 34 26	
5020 Salzburg, Röcklbrunnstraße 12	0662/87 13 66	
4800 Attnang, Römerstraße 12	07674/63 2 93	
5500 Bischofshofen, Jos. Leitgeb-Straße 1	06462/23 53	
4300 St. Valentin, Westbahnstraße 29	07435/58 4 85	
8900 Selzthal, Nr. 44	03616/311	
4400 Steyr, Färbergasse 10	07252/45 0 54	
4400 Steyr, Siemens-Straße 11	07252/70 3 00	
4600 Wels, Bahnhofstraße 31	07242/61 7 15	
4600 Wels, Dr.-Salzmann-Straße 5a	07242/20 74 58	

SPARDAbank
Eine Bank wie ein Freund

Für Arbeitnehmer, Beamte und Pensionisten. Einzigartig in Österreich!

zeitschrift@vida.at

Schreiben Sie uns, wie Ihnen die vida-Zeitschrift gefällt.

Wir freuen uns

- über Ihre Rückmeldungen,
- über Tipps und
- Anregungen.

Schreiben Sie ein E-Mail an:
zeitschrift@vida.at

Oder per Post an die:

Gewerkschaft vida
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Margaretenstraße 166
1050 Wien

Die nächste Ausgabe der vida-Zeitschrift finden Sie im April in Ihrem Postkasten.

topinfo **vida**

www.vida.at

ArbeitnehmerInnenveranlagung

Für alle nichtselbständig Beschäftigten besteht alljährlich die Möglichkeit eine ArbeitnehmerInnenveranlagung bei ihrem zuständigen Finanzamt einzureichen. Im Antrag an das Finanzamt können alle Absetzpositionen aufgenommen werden, die nachträglich zur Lohnsteuer geltend gemacht werden können.

Gut zu wissen. Bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung ist zwischen Pflichtveranlagung und Antragsveranlagung zu unterscheiden. Eine Pflichtveranlagung muss beim Finanzamt bis 30. September des Folgejahres beantragt werden, falls zwei oder mehrere Dienstverhältnisse bestanden haben. Weiters ist die Veranlagung verpflichtend, wenn der Arbeitgeber in der Lohnsteuerberechnung den Alleinverdiener-/Alleinerzieherabsetzbetrag berücksichtigt hat, dieser dem/der Beschäftigten aber nicht zusteht. Ebenso verursachen Bezüge aus der gesetzlichen Krankenversicherung (Krankengeld), aus dem Insolvenzausgleichsfonds oder ein zu hoher Freibetragsbescheid beim Arbeitgeber eine Verpflichtung zur Veranlagung. Die Antragsveranlagung hingegen kann freiwillig beim Finanzamt, innerhalb einer Frist von fünf Jahren, eingereicht werden, 2009 also für die Jahre 2004 bis 2008.

Wann zahlt sich's aus? Sinnvoll ist die freiwillige ArbeitnehmerInnenveranlagung, wenn der/die Beschäftigte während des Jahres so wenig verdient hat, dass von der Firma zwar Sozialversicherungsbeiträge abgezogen wurden, aber noch keine Lohnsteuer. Das betrifft z.B. Lehrlinge oder Teilzeitbeschäftigte. Wenn Sie nicht das ganze Jahr über beschäftigt waren oder in den einzelnen Monaten unregelmäßig verdient haben, zum Beispiel wegen eines Wechsels von Vollzeit zu Teilzeit, sollten Sie ebenfalls eine Veranlagung durchführen. Sie hatten berufliche Ausgaben, außergewöhnliche Belastungen wie etwa hohe Arztkosten oder Sonderausgaben? Auch in diesem Fall ist die Veranlagung sinnvoll. Dasselbe gilt, wenn Sie AlleinverdienerIn

Geld zurück vom Finanzamt

Die ArbeitnehmerInnenveranlagung zu machen zahlt sich aus. Im Schnitt gibt es 200 Euro vom Finanzamt retour

bzw. AlleinerzieherIn sind bzw. für ein oder mehrere Kinder Unterhalt leisten. In diesen Fällen werden der Alleinverdiener-, Alleinerzieher- oder Unterhaltsabsetzbetrag berücksichtigt.

Negativsteuer. Da das Einkommen bis zur Höhe von 10.900 Euro Jahreseinkommen steuerfrei ist, bewirkt die ArbeitnehmerInnenveranlagung für Einkommen unterhalb dieser Grenze eine Steuergutschrift, die sogenannte Negativsteuer. Es werden 10 Prozent der Sozialversicherungsbeiträge, höchstens jedoch 110 Euro, gutgeschrieben. Ab der Veranlagung 2008 kann das Pendlerpauschale geltend gemacht werden, das bis zu 130 Euro zusätzlich betragen kann. Ebenso wird bei geringem Einkommen der Alleinverdiener- und Alleinverdienerabsetzbetrag bei mindestens einem Kind im Zuge der Veranlagung als Negativsteuer ausbezahlt.

Sonderausgaben. Dazu zählen Prämien von absetzbaren Personenversicherungen sowie Kosten für Wohnraumschaffung (z.B. Genossenschaftsbeiträge) oder Wohnraumsanierung. Ebenso können der Nachkauf von Versicherungszeiten oder Kirchenbeiträge als Sonderausgaben abgesetzt werden.

Werbungskosten. Werbungskosten sind Ausgaben, die im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit entstehen. Dazu gehört auch der Gewerkschaftsbeitrag, wenn dieser nicht bereits vom Arbeitgeber berücksichtigt worden ist. Privat angeschaffte spezielle Arbeitsschuhe, berufliche Telefonate mit dem Arbeitgeber oder der Erwerb eines privaten Computers zur beruf-

Foto: Jose Manuel Gelpi

lichen Verwendung können zumindest anteilmäßig steuerlich berücksichtigt werden. Auch allfällige Fortbildungskosten können geltend gemacht werden. Generell gilt, dass Belege dafür gesammelt und sieben Jahre aufbewahrt werden müssen. Diese sind auf Verlangen der Finanzverwaltung vorzulegen. In manchen Berufen können Werbungskosten pauschal geltend gemacht werden, das heißt, es müssen keine Rechnungen vorgelegt werden. Werbungskostenpauschale gibt es etwa für HausbesorgerInnen (die schon vor dem 30.6.2000 HausbesorgerIn waren), für VertreterInnen, HeimarbeiterInnen, u.a. Es können natürlich immer statt dem Pauschale die tatsächlichen Kosten (mit Belegen) angesetzt werden.

Außergewöhnliche Belastungen. In der ArbeitnehmerInnenveranlagung können Krankheitskosten als außergewöhnliche Belastungen, wie etwa Zahnersatz, Medikamente oder auch Begräbniskosten, mit einem von der Finanzverwaltung berechneten einkommensabhängigen Selbstbehalt berücksichtigt

Holen Sie sich mit der ArbeitnehmerInnenveranlagung Geld vom Finanzamt. Ob Sie damit Ihr Sparschwein füttern oder das Geld anderweitig verwenden, bleibt Ihnen überlassen.

Wo gibt es das Formular für die Veranlagung?

Das Formular L1, das Sie für die ArbeitnehmerInnenveranlagung benötigen, erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt oder im Internet unter www.bmf.gv.at. Sie können die Veranlagung auch unter <https://finanzonline.bmf.gv.at> über das Internet abwickeln.

Bestätigung über Mitgliedsbeitrag

Mitglieder der Gewerkschaft vida, die ihren Mitgliedsbeitrag nicht direkt vom Betrieb bzw. von der zuständigen Pensionsversicherung abbuchen lassen, erhalten bis Ende Februar eine Bestätigung über die im Jahr 2008 geleisteten Gewerkschaftsbeiträge zugesandt, damit sie diese Kosten als Werbungskosten geltend machen können.

werden. Belastungen aufgrund einer Behinderung von mindestens 25 Prozent werden ohne Selbstbehalt angerechnet.

Kein Risiko. Sollte sich bei der Steuerberechnung eine Nachzahlung ergeben, kann im Falle der freiwilligen ArbeitnehmerInnenveranlagung innerhalb der Berufungsfrist von einem Monat der Antrag mittels Berufung zurückgezogen werden.

karl.goldberg@vida.at

Webtipps

www.oegb.at

Rubrik Steuertipps

www.arbeiterkammer.at

in der Rubrik „Steuer & Geld“ finden Sie die Broschüre „Steuer sparen 2008“ zum Herunterladen



„Zusammenhalten wirkt“

Kommentar

ÖBB: Keine Spielwiese



Foto: Paul Wilke

Bei den vergangenen Koalitionsverhandlungen sind sich die Regierungspartner SPÖ und ÖVP einig geworden, dass die ÖBB Bau AG und ÖBB Betrieb AG zusammengeführt werden. Diese sinnvolle Maßnahme wurde schon lange seitens des ÖBB-Konzernbetriebsrats gefordert.

Ein Baubereich. Jetzt geht es darum, intensiv an der Schaffung der gesetzlichen Bestimmungen und Rahmenbedingungen für diesen Schritt zu arbeiten. Auf der anderen Seite wird die Umsetzung dieser Vereinbarung dem Management, den BetriebsrätInnen und Beschäftigten sehr viel Geduld und Kraft abverlangen. Es geht dabei nämlich um die Lösung der Schnittstellenproblematik und die Beseitigung von Parallelstrukturen im „klassischen“ Baubereich.

Für Transparenz. In der Folge müssen sicherlich noch weitere organisatorische Fragen geklärt werden. Dass während dieser Diskussionsphase da oder dort einzelne Gerüchte in Bezug auf die zu setzenden organisatorischen Maßnahmen auftauchen werden, scheint vorprogrammiert zu sein. Zumindest seitens der Belegschaftsvertretung werden wir uns deshalb um einen raschen und transparenten Informationsfluss bemühen.

Prozesse optimieren. Die oberste Prämisse der Belegschaftsvertretung wird bei der Neustrukturierung heißen, dass die Schwachstellen der letzten ÖBB-Organisationsreform beseitigt und Prozessabläufe im Konzern optimiert werden müssen. Keinesfalls werden wir Entscheidungen, die lediglich der Befriedigung persönlicher Egoismen dienen, mittragen. Begehren, die nur dem Vorteil eines einzelnen ÖBB-Betriebs dienlich, aber nicht im Sinne des Gesamtkonzerns sinnvoll wären, werden von uns weiterhin kritisch hinterfragt und nicht mitgetragen werden.

„Ein“ Unternehmen. Es muss vorrangiges Ziel sein, ein funktionierendes und ganzheitlich operatives Unternehmen ÖBB, das sich mit Qualität, Sicherheit und Pünktlichkeit erfolgreich am Markt durchsetzen kann, in Position zu bringen. Aus diesem Grund werden wir eine weitere Steigerung der Overheadkosten nicht mittragen, denn der ÖBB-Konzern darf nie wieder Spielwiese für fragwürdige Experimente von learning-by-doing-hungrigen ManagerInnen werden.

wilhelm.haberzettl@vida.at
Vorsitzender der Sektion Verkehr

„Unser Zusammenhalten hat sich ausgezahlt.“

DDSG-Betriebsratsvorsitzender Gunter Lehninger

Gewerkschaft und Betriebsrat konnten im DDSG-Arbeitskonflikt eine verbindliche Beschäftigungsgarantie für drei Jahre erreichen

Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise – auch in der Binnenschifffahrt wird ein Rückgang des Transportaufkommens und der Beschäftigung erwartet – gelang es vida und dem DDSG-Betriebsrat, in einem viermonatigen Arbeitskampf und in schwierigen Verhandlungen eine verbindliche Beschäftigungsgarantie über drei Jahre in Österreich durchzusetzen. Das heißt, für die Kollegen bei der Ersten-Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) werden auch weiterhin der österreichische Kollektivvertrag sowie heimisches Arbeits- und Sozialrecht gelten.

Schlechtere Konditionen. Sonst hätten im Zuge eines Betriebsübergangs der DDSG an eine ungarische Tochterfirma ab 1. Oktober 2008 ungarische bzw. zypriotische Dienstverträge zu wesentlich schlechteren Konditionen für die Belegschaft droht und das ungarische bzw. zyprio-

tische Recht wäre dann für die Beschäftigten zur Anwendung gekommen (vida hat darüber im Herbst 2008 berichtet).

Druck durch Dienstgeber. Durch diesen Betriebsübergang hätten 42 DDSG-Beschäftigte ihre österreichische Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen und Pensionsversicherung verloren und wären auch aus dem österreichischen Arbeitsrecht gefallen.

Chronologie. Am 19. September konnte mit der Aufrechterhaltung der Dienstverhältnisse bis zum 31. Dezember 2008 vorerst ein Etappensieg errungen werden. Zuvor stand schon ein Arbeitskampf im Raum. Gegen die Kündigung der österreichischen Dienstverhältnisse brachten Betriebsrat und Gewerkschaft Mitte September vergangenen Jahres auf der Wiener Reichsbrücke ein 25 Meter langes Transparent mit der Aufschrift „Stoppt Sozialdumping in der Binnenschifffahrt an.“ Der DDSG-Geschäftsführung wurde eine Resolution von Betriebsrat und Gewerkschaft übergeben.

Belegschaftsforderungen. Die Betroffenen forderten, weiterhin in Österreich stationiert zu bleiben und nach österreichischem Arbeits- und Sozialrecht weiterbeschäftigt zu werden. Mit den Protestmaßnahmen konnte Zeit für weitere Verhandlungen gewonnen werden und auch

sämtliche Ansprüche, wie etwa Urlaube und Sonderzahlungen, sind für die Beschäftigten weitergelaufen.

Verhandlungsergebnis. Alle Kollegen haben das erwirkte Angebot der DDSG-Geschäftsführung angenommen. Laut abgeschlossener Vereinbarung erhalten nun auch alle Kollegen, die weniger als drei Jahre im Unternehmen beschäftigt sind, die eingangs erwähnte volle Beschäftigungsgarantie. „Für jene Beschäftigten, die in spätestens 35 Monaten ihre Pension antreten werden, wird eine einvernehmliche Lösung der verbliebenen Ansprüche verhandelt“, erklärt DDSG-Betriebsratsvorsitzender, Kapitän Gunter Lehninger

Große Solidarität. Weiters sollen auch noch Betriebsvereinbarungen wie etwa über ein leistungsorientiertes Prämienmodell sowie eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen abgeschlossen werden. Auch in Raum gestandene Kündigungen sind nun vom Tisch. „Die große Solidarität unter den Kollegen hat unseren Erfolg möglich gemacht – unser Zusammenhalten hat gewirkt“, freut sich Lehninger über diesen für beide Seiten zufriedenstellenden Kompromiss.

hansjoerg.miethling@vida.at

KV Barometer

✓ KV-Abschluss Kleintransportgewerbe.

Die KV-Verhandlungen für Beschäftigten im Kleintransportgewerbe wurden am 8.1.2009 abgeschlossen: Die Stundenlöhne werden linear um 22 Cent, das Taggeld wird auf 25,20 Euro erhöht. Die Vereinbarung trat rückwirkend mit 1. Jänner 2009 in Kraft.

✓ KV-Abschluss Private Autobusunternehmen.

Die Löhne, Zulagen und Spesen für die DienstnehmerInnen in den privaten Autobusunternehmen wurden per 1. Jänner 2009 um 3,3 Prozent erhöht. Im Zuge des KV-Abschlusses konnte auch die Forderung nach einer 100-prozentigen Nachtzulage in der Zeit von null bis fünf Uhr per 1. Jänner 2009 für die LenkerInnen im Linienverkehr (bisher nur für im Gelegenheitsverkehr) durchgesetzt werden. Auch Verbesserungen bezüglich der unbezahlten Ruhepausen für den KraftfahrInnenverkehr konnten erzielt werden.

Neuerungen für KraftfahrerInnen. Profitipp



Foto: zVg

Armin Ettel
Betriebsratsvorsitzender der Berger Johann GmbH

Im Jahr 2009 stehen hauptsächlich EU-weit geltende neue gesetzliche Regelungen ins Haus. Seit 1. Jänner ist bereits das „europäische Bagatellverfahren“ in Kraft. Alternativ zum nationalen Gerichtsverfahren können damit grenzüberschreitende Streitigkeiten - z.B. nach Verkehrsunfällen mit geringem Sachschaden - bis 2.000 Euro schnell und kostengünstig beigelegt werden.

Ab 1. September müssen technische Reparatur- und Wartungsinformationen für neue Auto-Modelle EU-weit standardisiert und online im Internet zur Verfügung gestellt werden.

Schon ab Februar dürfen in der Slowakei Lkw über 3,5 Tonnen weder auf Autobahnen noch auf

Schnellstraßen andere Fahrzeuge überholen. Außerdem gibt es für den Schwerverkehr statt einer Jahresvignette nur noch eine Neun-Monatsvignette, weil voraussichtlich im Oktober 2009 eine elektronische Maut in der Slowakei eingeführt wird.

Kaum Änderungen gibt es bei den Maut- und Vignettenpreisen im Ausland. Nur in der Schweiz werden die Vignetten um 2,50 Euro teurer. Die Verkaufspreise für die im Vorjahr eingeführte slowenische Vignette (Halbjahres- und Jahrespickerl) bleiben gleich.

Weitere Informationen zu diesen Neuerungen finden Sie im Internet unter www.arboe.at bzw. www.oeamtc.at

Flugsicherung

Über Grenzen erfolgreich

Die Gewerkschaften der FluglotsInnen setzen mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit die Anliegen der Beschäftigten durch.

Alle Flüge im österreichischen Luftraum werden heute von den FluglotsInnen der Austro Control bis zu festgelegten Übergabepunkten überwacht. Nach EU-Plänen soll es zukünftig größere grenzüberschreitende Luftraumblöcke mit einheitlichen technischen und betrieblichen Systemen geben. Das heißt, der Luftraum über Österreich soll mit den Lufträumen von u. a. Ungarn, der Slowakei, Slowenien und Kroatien zum gemeinsam kontrollierten „Functional Airspace Block Zentraleuropa“ (FAB CE) werden.

Sozialer Dialog. Vor diesem Hintergrund haben der europäische Arbeitgeberverband der Flugsicherungsunternehmen (CANSO) und die Europäische Transportarbeiter Föderation (ETF) schon 2007 ein Abkommen unterschrieben, das die Flugsicherungsbetreiber verpflichtet, diesen Prozess mit

den Gewerkschaften in einem sozialen Dialog zu begleiten.

Sozialstandards sichern. „Wir befürchten Preisdruck, die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer und ein Absenken der Sicherheitsniveaus sowie der Arbeits- und sozialrechtlichen Standards“, gibt der Vorsitzende des vida-Berufsgruppenausschusses Flugsicherung, Norbert Payr, zu bedenken. „Auch bezüglich der von den Dienstgebern gewünschte Mobilität der Arbeitskräfte müssen wir sehr auf der Hut sein“, warnt der Austro Control-Betriebsrat. Payr, der auch Mitglied des Lenkungsausschusses der europäischen Flugsicherung in der ETF ist, hat deshalb eine Initiative der Flugsicherungsgewerkschaften im zukünftigen gemeinsamen Luftraum gegründet.

Durchbruch. Nach dem durch diese Gewerkschaften und die AK im Dezember 2008 in Wien



Foto: Alexandra Kromus

Eine vom Austro Control-Betriebsrat initiierte Plattform wacht über die Rechte der FluglotsInnen im gemeinsam zu kontrollierenden Luftraum

organisierten ExpertInnenseminar mit VertreterInnen der EU-Kommission und der Arbeitgeber kam es nun endlich zum Durchbruch: Ab sofort sollen die Beschäftigten in alle Planungsschritte zur Durchführung des FAB CE eingebunden werden und das Abkommen von CANSO und ETF von 2007 endlich auch im FAB CE gelebt werden. Als Reaktion auf die Initiative der Gewerk-

schaften mussten die Dienstgeber bereits eine Einladung zur Aufnahme des Sozialen Dialogs Ende Februar aussprechen. „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gewerkschaften macht sich bezahlt und stärkt die Durchsetzungsfähigkeit der Anliegen der Beschäftigten“, freut sich Norbert Payr über diesen Erfolg.

hansjoerg.miethling@vida.at

Speisen- und Getränkeaktionen für ÖBB-Beschäftigte

Im Jahr 2009 gibt es aufgrund von Verhandlungen der Personalvertretung mit dem Unternehmen in den Bahnbistros jeden Monat Speisen- und Getränkeaktionen für ÖBB-Beschäftigte. So stehen im März etwa Riesenschnitzel und Kuchenjause mit einem Heißgetränk 1,80 Euro auf dem Speiseplan.

Diese Aktionen für MitarbeiterInnen wurden seit der letzten Preiserhöhung bei BahnBistro von der Konzernvertretung bei der ÖBB-DLG-Geschäftsführung gefordert und auf Nachdrängen auch umgesetzt, erklärt der stellvertretende Zentralbetriebsratsvorsitzende der ÖBB-Personenverkehr AG, Ernst Friedl.

„Zur Frage der Essensversorgung für jene KollegInnen, die keinen BahnBistro Standort frequentieren können, haben wir im Projekt Betriebliche Gesundheitsförderung und im Sozialausschuss der Konzernvertretung geeignete Maßnahmen für eine optimale und ernährungsbewusste Essensversorgung gefordert“, so Friedl.

Der genaue Aktionszeitraum wird im ÖBB-Intranet unter [http://portal.oebb.at/DLG/Interne Dienste/BahnBistro](http://portal.oebb.at/DLG/Interne_Dienste/BahnBistro) sowie im Menüplan und in den Aktionsaushängen bekanntgegeben.



ServiceTel: (kostenlos)
0800/20 11 30
mail@oebv.com

www.oebv.com

ÖBV-Frühjahrsputz

Aktion bis 31. März 2009

- > Machen Sie mit beim großen ÖBV-Frühjahrsputz
- > Entstauben Sie jetzt Ihre alten Versicherungen
- > WKO-Studie: Einsparungspotential bis zu € 84.000,- im Laufe eines Menschenlebens!



Mit der ÖBV durchs Leben



Foto: Lisi Gradnitzer

Kommentar

Mehr Geld für die Zukunftsberufe

Tausende Arbeitsplätze in der Industrie brechen in der aktuellen Wirtschaftskrise weg. Frauen sind, weil sie häufiger im Dienstleistungssektor arbeiten, vom Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht so stark betroffen. „Frauenjobs sind krisenfester“, titelte dazu kürzlich eine Zeitung. Vor allem Berufe in der Kinderbetreuung und im Bereich Gesundheit und Pflege werden als „Zukunftsjobs“ gehandelt.

Mehr Personal nötig. Es ist gut, wenn angesichts der um sich greifenden Wirtschaftskrise die Wichtigkeit der Berufe im Gesundheits- und Sozialbereich erkannt wird. Ebenso nötig ist es aber, in diese „Zukunftsbranchen“, die zehntausenden Menschen Beschäftigung bieten, zu investieren. Das beginnt bei der Entlohnung, die in vielen Fällen weit unter dem liegt, was in „klassischen Männerbranchen“ in der Industrie verdient wird, umfasst aber auch die Arbeitsbedingungen. Burn-Out und Überstunden ohne Ende sind gerade in den Krankenanstalten an der Tagesordnung. Die Personalknappheit belastet die Beschäftigten und geht auch auf Kosten der Qualität der Pflege. Zur Verbesserung der Situation fordert vida einen verpflichtenden Mindest-Personalschlüssel für alle Krankenanstalten und Pflegeheime.

Vom Staat abhängig. Im privaten Gesundheits- und Sozialbereich ist der BAGS-Kollektivvertrag die Basis für die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen von rund 70.000 Beschäftigten. Sie sind bei privaten Trägervereinen angestellt, die selber aber massiv von Aufträgen durch die öffentliche Hand abhängen – und damit auch vom Preis, den die öffentliche Hand bereit ist, für die Pflege- und Betreuungsarbeit zu zahlen. Bund, Länder und Gemeinden sind aufgerufen, die nötigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, dass dieser für die Beschäftigten so wichtige Kollektivvertrag mit den Übergangsregeln seine positive Wirkung zeigen kann. Dabei geht es nicht nur um die Absicherung von Mindeststandards, sondern auch um die Sicherstellung von Überzahlungen über das kollektivvertragliche Mindestmaß hinaus. Denn die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich haben sich nicht nur anerkennende Worte, sondern auch eine angemessene Entlohnung verdient

willibald.steinkellner@vida.at
Vorsitzender der Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe

Müssen uns Sozialunion erkämpfen

„Wie können wir die EU verändern, damit die Rechte der ArbeitnehmerInnen künftig mehr zählen als der grenzenlose Binnenmarkt?“ GewerkschafterInnen aus dem Gesundheitssektor diskutierten darüber bei einer Konferenz in Wels.

GewerkschafterInnen aus Polen, Tschechien, Deutschland und Österreich waren im Jänner ins Klinikum Wels-Grieskirchen angereist, um über die Zusammenarbeit auf EU-Ebene zu diskutieren. „Es ist kein Zufall, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) eine Reihe von Urteilen gefällt hat, die dem Lohn- und Sozialdumping Vorschub leisten. Im System selbst steckt der Wurm drin“, fasste Evelyn Regner, Leiterin der ÖGB-Stabsstelle für Internationales, durchaus kritisch die aktuelle Situation zusammen. Das derzeitige EU-Regelwerk stelle die Binnenmarktfreiheiten über die Rechte der ArbeitnehmerInnen. Um derartige „Fehlurteile“ abzustellen, müssten die Spielregeln der EU selbst verändert werden. „Die sozialen Grundrechte dürfen nicht länger dem Binnenmarkt nachgeordnet werden. Im EU-Vertragswerk muss eine soziale Fortschrittsklausel

verankert werden“, verlangte Regner. Der Vertrag von Lissabon sei ein Fortschritt, weil damit die Charta der Grundrechte rechtsverbindlich verankert würde, meinte Tamara Goosens vom Europäischen Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD).

Gesundheit ist keine Ware. Derzeit sind Gesundheits- und soziale Dienstleistungen zwar teilweise aus der Geltung der Dienstleistungsrichtlinie ausgeschlossen. Mit der Richtlinie zur PatientInnenmobilität könnte die Dienstleistungsfreiheit aber durch die Hintertür Einzug halten, warnte Goosens. Einen Entwurf zu dieser Richtlinie hat die EU-Kommission im Juli '08 vorgelegt. Die PatientInnen würden von einer Ausweitung der grenzüberschreitenden Behandlungsmöglichkeit kaum profitieren. Sie müssten das Geld für die Behandlung vorstrecken und erhielten maximal die Kosten, die im Heimatland dafür veranschlagt werden, rückerstattet. Gesundheitssysteme mit niedrigeren Kosten wären verstärkter Nachfrage aus den reicheren Ländern ausgesetzt. Es drohe ein europaweites Kosten- und Lohndumping im Gesundheitsbereich und die weitere Privatisierung von Gesundheitsdiensten, erklärte die Gewerkschafterin. Auch HOSPEEM, der Europäische Arbeitgeberverband für das Spitals- und Gesundheitswesen lehnt deshalb die Richtlinie zur PatientInnenmobilität ab, be-

richtete HOSPEEM-Vertreterin Ulrike Neuhauser.

Vorausdenken. Um die Gesundheitssysteme abzusichern, ist es nötig, auch mittel- und langfristige Anforderungen zu erkennen. „Dazu dient der seit 2006 bestehende Europäische Soziale Dialog im Gesundheitssektor“, so Neuhauser weiter. Aktuell befassen sich drei Arbeitsgruppen mit den Themen „Rekrutierung von Personal für den Gesundheitssektor“, „altersgerechte Arbeitsplätze“ sowie mit einer Einschätzung, welche Fertigkeiten in Zukunft im Krankenhausesektor benötigt würden.

Einfluss nützen. Gewerkschaften müssten auch auf europäischer Ebene versuchen, auf den Gesetzgebungsprozess Einfluss zu nehmen. Dazu bedürfe es eines professionellen Lobbyings, erklärte Harald Voitl, Leiter des vida-Referats für Internationales. Auf Ebene des Europäischen Parlaments erfolge das Lobbying vor allem über die Europäischen Gewerkschaftsdachverbände, für den Gesundheitssektor also über die EGÖD. Ob die Anliegen der ArbeitnehmerInnen entsprechendes Gehör finden, das hängt ganz wesentlich auch von der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ab. Bei den EU-Wahlen im Juni gibt es die Chance, die Parteien, die auf Seiten der ArbeitnehmerInnen stehen, zu stärken.

martina.fassler@vida.at

KV Barometer

- ✓ **KV für die Beschäftigten in konfessionellen Alten- und Pflegeheimen, KV für die Beschäftigten in den Privatkrankenanstalten + KV für die OÖ Ordenskrankenhäuser**
Mit 1.1. 2009 stiegen die Löhne und Gehälter um 3,55 Prozent.
- ✓ **KV für die FriseurInnen und PerückenmacherInnen.**
Mit 1. Februar 2009 stiegen die Löhne um 3,39 Prozent. Der Lohn nach dem Ende der Lehrzeit während der dreimonatigen Behaltspflichtzeit wurde von 750 Euro brutto auf 1.000 Euro brutto angehoben.
- ✓ **KV für die Beschäftigten bei den SOS-Kinderdörfern.**
Ab 1. April stiegen die Löhne um 3,3 Prozent.
- ✓ **KV für die ArbeitnehmerInnen der Caritas.** Die Löhne stiegen mit 1. Jänner 2009 um 3,6 Prozent.
- ✓ **KV für die Bäder, Solarien und Saunabetriebe in Wien.** Mit Jahresanfang stiegen die KV-Löhne um 3,5 Prozent, die Ist-Löhne um 3 Prozent. In den Lohngruppen (LG) 1,2,3,4,6, beträgt die Lohnerhöhung mindestens 52 € in der LG 5 mindestens 48 €.
- ✓ **KV für die Bediensteten der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Wien (KFA).** Die Löhne stiegen mit Jahresanfang um 3,55 Prozent.
- ✓ **Satzung des BAGS-KVs.** Der BAGS-KV wurde mit 27.1. '09 gesetzt. Damit gilt der KV rückwirkend mit 1.1.2009 auch für Organisationen, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, aber im gleichen Leistungsbereich tätig sind.
- ✓ **Satzung des ÖRK-KVs.** Das Österreichische Rote Kreuz (ÖRK) hat die Satzung des ÖRK-KVs beantragt. Dieser Antrag wurde bei der Verhandlung am 23. Jänner '09 vom Bundeseinigungsamt abgelehnt.

Privatspitäler. Was der KV-Abschluss bringt. Profitipp



Foto: Alexandra Kromus

Andrea Strobl
Vorsitzende des vida-Ausschusses Privatkrankenanstalten und BR-Vorsitzende in der Goldenes Kreuz Privatklinik

Noch knapp vor Weihnachten gelang vida mit der Arbeitgeberseite die Einigung auf einen KV-Abschluss für die Beschäftigten in Privatkrankenanstalten und in den Krankenanstalten konfessioneller Einrichtungen. Die wesentlichen Punkte des Abschlusses: Die Löhne und Gehälter stiegen mit 1. 1. 2009 um 3,55 Prozent, die Zulagen um drei bis vier Prozent. Zusätzlich konnten wir das kollektivvertragliche Lohnschema insgesamt angeheben. Der KV-Lohn für die Beschäftigten im 9. Dienstjahr wurde um 6 Prozent erhöht, dieser Betrag wird auch auf alle anderen Lohnstu-

fen aufgeschlagen. Da Überzahlungen eingerechnet werden, bringt die generelle Anhebung des Lohnschemas nicht allen Beschäftigten eine Erhöhung des Einkommens. Die Regelung ist trotzdem ein großer Erfolg: Sie verschafft mehr Sicherheit. Denn was als kollektivvertraglicher Lohn gilt, kann einem das Unternehmen selbst bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht durch eine Änderungskündigung wieder wegnehmen. Bei Fragen zum KV-Abschluss informiert Sie Ihr Betriebsrat.

Gesundheits- und Pflegeberufe

**Einigung im
Konflikt in
Bad Waltersdorf**

**Neuer Gesundheitsminister
ist gefordert**



Ingrid Millendorfer

**Gewerkschaft vida
dankt allen Unterstütze-
rInnen der Aktion
„SOS Zivilcourage“.**

Ingrid Millendorfer wollte in der Therme Bad Waltersdorf einen Betriebsrat gründen, die Geschäftsführung entließ die Frau daraufhin im Mai 2008 und gab als Grund dafür gravierende dienstliche Verfehlungen der Mitarbeiterin an. vida berichtete über den Vorfall. Mehr als 3.000 Menschen unterstützten mit ihrer Unterschrift die Solidaritätsaktion „SOS Zivilcourage“ auf www.vida.at, die Gewerkschaft gab Ingrid Millendorfer Rechtsschutz bei der Anfechtung der Entlassung.

Vor Verhandlung geneigt. Zwei Tage vor der Gerichtsverhandlung im Jänner zeigte sich das Unternehmen zu einer außergerichtlichen Einigung bereit. Neben der Zusage, die gesetzliche und eine freiwillige Abfertigung zu zahlen, zieht die Geschäftsführung in dem Vergleich auch ihre Vorwürfe gegen Ingrid Millendorfer zurück. Ingrid Millendorfer absolviert derzeit auf eigenen Wunsch eine Umschulung. Der Gewerkschaft vida sicherte die Geschäftsführung der Therme zu, die Wahl eines Betriebsrats in Zukunft nicht zu behindern.

Mitbestimmung stärken. vida setzt sich dafür ein, dass die Wahl eines Betriebsrates erleichtert und die Mitbestimmung der Beschäftigten im Betrieb gestärkt wird. Mehr zum Thema „Was bringt mir ein Betriebsrat?“, zum Ablauf einer Betriebsratsgründung und den Rechten und Pflichten des Betriebsratsteams lesen Sie in der nächsten Ausgabe unserer vida-Zeitschrift.

Webtipps



www.betriebsraete.at
umfangreiche Infos zum
Thema Betriebsrat.

<http://betriebsrat.vida.at>
das vida-Internetportal ex-
klusiv für BetriebsrätInnen.



Obwohl im Vorjahr 2.000 Menschen dafür auf die Straße gingen, gibt es nach wie vor keine verpflichtende Ausbildung bei der 24-Stunden-Betreuung.

Den PflegehelferInnen sollten vorschnell Zusatzfähigkeiten auferlegt werden, die diplomierten medizinisch technischen Fachkräfte hadern dagegen mit einem Berufsrecht aus 1961. Gesundheitsminister Alois Stöger übernimmt von seiner Vorgängerin viel Reformbedürftiges.

Als Versuch, Pflege in Österreich weiter zu dequalifizieren, lehnt die Fachgruppenvereinigung für Gesundheitsberufe im ÖGB den Gesetzesentwurf ab, den Andrea Kdolsky in ihrem letzten Monat als Gesundheitsministerin zur Begutachtung aussandte. Auch vida spricht sich entschieden gegen das Vorhaben aus, Tätigkeiten, die bislang eindeutig in den Aufgabenbereich des diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonals fallen, den PflegehelferInnen aufzubürden. PflegehelferInnen, die im Krankenhaus oder in Pflegeheimen unterstützende Tätigkeiten ausführen, sollen demnach ohne Erweiterung ihrer Ausbildung eigenverantwortlich PatientInnen pflegen. Auch therapeutische und diagnostische Verrichtungen wie die Verabreichung von Sondennahrung und die Verabreichung von subkutanen Injektionen sind in dem Gesetzesentwurf angeführt.

Auf Kosten der Qualität. „Argumentiert wurde die geplante Änderung des Berufsbildes der Pflegehilfen mit der Aufwertung der Pflegehilfen, in Wahrheit geht es aber um Kosteneinsparungen“, kritisieren die vida-BundesfachgruppensekretärInnen Rudolf Wagner und Michaela Guglberger. Zusätzlich sieht der Gesetzesentwurf vor, dass Pflegehilfen in Zukunft auch als Selbstständige tätig sein können. „Lässt man ein Arbeiten auf freiberuflicher Basis zu, schafft man damit eine weitere Gruppe von Pseudoselbstständigen, der Grenzbereich zu unerlaubten Tätigkeiten und damit auch das Haftungsrisiko wären enorm“, fügt vida-Sektionsvorsitzender Willibald Steinkellner hinzu. Eine Ausweitung der Kompetenzen der Pflegehilfen ohne entsprechende Ausweitung ihrer einjährigen Ausbildung würde zwangsläufig zu einem Qualitätsverlust in der Pflege führen. Steinkellner: „Wir set-

zen darauf, dass der neue Gesundheitsminister das Gesetz noch einmal überdenkt!“

Relikt aus 1960er Jahren. Durchaus Reformbedarf sieht vida dagegen beim Berufsrecht für die Diplomierten Medizinisch Technischen Fachkräfte (DTFM). Für die Berufsgruppe gibt es derzeit eine dreispartige Ausbildung in Laboratoriumdiagnostik, Röntgendiagnostik und physikalischer Medizin, die Ausbildung dauert zweieinhalb Jahre. Trotz laufender Änderungen im technischen und medizinischen Bereich stammt das Berufsrecht nach wie vor aus 1961. Das Uraltgesetz bringe es mit sich, dass viele der rund 5.000 Beschäftigten täglich in einem Graubereich agieren müssten, schlug der Verband der Diplomierten Medizinisch-Technischen Fachkräfte im Rahmen einer Pressekonferenz Alarm. Der Verband selbst verlangt neben der Aktualisierung des Berufsrechts auch eine Verlängerung der Ausbildung der DMTF auf drei Jahre. Gleichzeitig müsse das mehrspartige Berufsbild erhalten bleiben. vida unterstützt diese Forderungen. Steinkellner dazu: „Eine Zergliederung der Ausbildung in drei einjährige Ausbildungslehrgänge halten wir nicht für sinnvoll. Durch die breite Drei-Sparten-Ausbildung haben die Beschäftigten, von denen rund 90 Prozent Frauen sind, mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt.“

Reicht Hausverstand? „Es ist gut, wenn man die Betreuung alter und kranker Menschen gerne macht, aber es ist ein Irrglaube zu meinen, dass dafür allein der ‚gesunde Hausverstand‘ ausreicht“, sagt vida-Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger. Dennoch ist für die PersonenbetreuerInnen, die in der 24-Stunden-Betreuung tätig sind, nach wie vor keine verpflichtende Ausbildung vorgeschrieben. vida hat für die Tätigkeit eine detaillierte Ausbildungsordnung erarbeitet und wird diese dem neuen Gesundheitsminister übermitteln. „Es ist unser erklärtes Ziel, dass auch PersonenbetreuerInnen eine adäquate Ausbildung absolvieren, schließlich soll die Betreuung zuhause nicht ‚irgendwie‘, sondern bestmöglich sein“, so Willibald Steinkellner.

Verpflichtende Registrierung. Für alle Beschäftigten in den Pflegeberufen ist im Arbeitsprogramm der neuen Bundesregierung die Einführung einer Registrierungspflicht samt Ausstellung von Berufsausweisen vorgesehen. „vida unterstützt eine derartige Registrierungspflicht, sie sorgt für Transparenz. Sinnvoll ist das allerdings nur, wenn die Registrierung durch eine übergeordnete Interessenvertretung wie die Arbeiterkammer erfolgt“, meint Steinkellner.

martina.fassler@vida.at

Foto: ÖGB



Foto: Lisi Gradnitzer

Kommentar

Ihr Stück vom Kuchen

Der Gewerkschaft beizutreten, dafür gibt es viele gute Gründe: Einer davon, noch dazu ein sehr wesentlicher, sind die jährlichen Lohnverhandlungen. Allein in unserer Sektion Private Dienstleistungen werden jedes Jahr rund 40 Kollektivverträge verhandelt, in der gesamten Organisation vida sind es mehr als 100.

Wer verhandelt? Das sind wir! Wir setzen uns jedes Jahr mit der Arbeitgeberseite an einen Tisch, um das bestmögliche Ergebnis für unsere Mitglieder herauszuholen. Eine gesetzliche Grundlage dafür, dass die Löhne steigen müssen, gibt es nicht und hat es nie gegeben. Auch nicht für Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, das ebenfalls der KV regelt und von vida verhandelt wird. 2008/2009 haben wir wieder erfolgreiche Lohnabschlüsse, durchgehend über der Inflationsrate, und damit einen deutlichen Reallohnzuwachs für Sie erreicht.

Stück vom Kuchen. Wer würde diese Verhandlungen führen, wenn es uns nicht gäbe? Niemand! Das heißt, jeder Arbeitnehmer müsste selbst zum Chef gehen, als Bittsteller auftreten und sich in zermürbende Verhandlungen begeben, um vielleicht einige Cents zu erhalten. Ob Ihnen Ihr Chef jedes Jahr

eine Lohnerhöhung, also ein gerechtes Stück vom Kuchen zugestehen würde – diese Frage bleibt dahin gestellt...

Rücken stärken. Um als Gewerkschaft erfolgreich zu sein, brauchen wir den Rückhalt unserer Mitglieder. Je besser organisiert eine Branche ist, umso schlagkräftiger können wir in den Verhandlungen auftreten. Sie als Mitglieder wissen das bestimmt, aber informieren und appellieren Sie doch auch an Ihre KollegInnen, die noch nicht organisiert sind, und stärken Sie uns auf diese Weise den Rücken!

KV Tourismus. Die nächsten Lohnverhandlungen im Tourismus werden im Mai stattfinden und betreffen mehr als 180.000 Beschäftigte. Auch in dieser Branche gilt: Wir brauchen viele Gewerkschaftsmitglieder, um unsere Forderungen durchzusetzen. Über aktuelle KV-Abschlüsse informiert Sie wie immer der KV-Barometer, der auch in dieser Ausgabe wieder Verhandlungserfolge vorweisen kann.

renate.lehner@vida.at
Bundessektionssekretärin der Sektion Private Dienstleistungen

KV-Verhandlung Reinigung

„Blockadehaltung ist nicht gerechtfertigt“

„Die Arbeitgeberseite muss ihre uneinsichtige Haltung und demotivierende Lohnpolitik aufgeben.“

Michael Haim, vida-Fachsekretär Reinigung

Die Lohnverhandlungen im Reinigungsgewerbe gestalten sich zu einem Spießrutenlauf. Der Kampf um eine faire Entlohnung geht in die nächste Runde

Gute Nachricht. Mit fünf Bundesländern konnte in der vierten Verhandlungsrunde eine Einigung im Sinne der ArbeitnehmerInnen erzielt werden. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne steigen in Wien, Burgenland, Steiermark, Kärnten und Vorarlberg ab 1. Jänner 2009 um 3,7 Prozent (siehe KV-Barometer). Auch der Mehrarbeitszuschlag bleibt im Kollektivvertrag verankert.

Schlechte Nachricht. Die Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol und Salzburg blockieren den KV-Abschluss nach wie vor. „Diese Bundesländer wollen die von uns geforderte Lohnerhöhung von 3,7 (rückwirkend mit 1. Jänner 2009) Prozent mit einer Verschlechterung im Arbeitsrecht abtauschen“, berichtet vida-Fachsekretär Michael Haim. Konkret geht es dabei um den Mehrarbeitszuschlag, den die Arbeitgeberseite aus dem Kollektivvertrag streichen möchte. „Ein Kuhhandel, den wir auf keinen Fall akzeptieren können. Wir werden den Mehrarbeitszuschlag nicht aufgeben“, so Haim entschlossen.

Blockadehaltung. „Die Landesinnungen haben ihre Mitgliedsbetriebe wahrscheinlich falsch informiert“, vermutet Haim als Hintergrund für die nicht nachvollziehbare Blockadehaltung.

Die Forderungen mancher UnternehmerInnen würden auf der Fehlinterpretation von Daten und einer falschen Einschätzung der Verhandlungslage beruhen. Die Gewerkschaft vida werde sich jedoch nicht über den Tisch ziehen lassen. Die Arbeitgeberseite müsse ihre uneinsichtige Haltung und demotivierende Lohnpolitik aufgeben. Denn gerade ArbeiterInnen mit geringem Einkommen sind von der Teuerung besonders betroffen und daher angewiesen auf einen guten Lohnabschluss.

Gesprächsbereit. „Wir hoffen natürlich nach wie vor, auch mit diesen Verhandlungsteams zu einer Einigung zu kommen“, zeigt sich Haim auch noch nach der sechsten Runde verhandlungsbereit. Doch eines stehe fest: Ein Tauschgeschäft kommt für die Gewerkschaft vida grundsätzlich nicht in Frage. Dies sei auch eine Ankündigung für kommende Lohnverhandlungen.

Aktionen geplant. Für die kommenden Wochen sind Aktionen der Gewerkschaft vida in den betroffenen Bundesländern geplant, um die Öffentlichkeit auf diese Blockadepolitik der Arbeitgeberseite hinzuweisen.

ines.schmied@vida.at

KV Barometer

- ✓ **KV für HandelsarbeiterInnen.** Die Kollektivvertragslöhne der ArbeiterInnen im Handel steigen mit 1. Jänner 2009 um 3,6 Prozent. Für BezieherInnen von Löhnen bis 1.350 Euro beträgt die Erhöhung 3,7 Prozent. Bestehende Überzahlungen bleiben aufrecht. Nacht- und Kältezulage werden um 3,6 Prozent, das Taggeld um 3,7 Prozent erhöht. Der neue KV tritt mit 1. Jänner 2009 in Kraft.
- ✓ **KV für ArbeiterInnen der Wiener Stadthalle.** Ab 1. Jänner 2009 werden die Monatslöhne sowie die Treueprämien laut Lohntabelle um 3,45 Prozent erhöht.
- ✓ **KV für Apothekenhilfspersonal.** Löhne bis 1.399 Euro erhöhen sich um 3,7 Prozent, alle übrigen kollektivvertraglichen Löhne werden um 3,6 Prozent angehoben. Bestehende Überzahlungen bleiben in voller Höhe aufrecht. Der neue KV tritt mit 1. Jänner 2009 in Kraft.
- ✓ **KV für ArbeiterInnen in Garagen- und Tankstellenunternehmen.** Die Stundenlöhne erhöhen sich mit Wirksamkeit 1. Jänner 2009 um 3,6 Prozent. Anfang März soll eine weitere Gesprächsrunde über die Durchrechnung von Arbeitszeit mit entgeltlicher Kompensation stattfinden.
- ✓ **KV für ArbeiterInnen Evangelische Friedhöfe Wien.** Die Monatslöhne und Zulagen erhöhen sich rückwirkend mit 1. Jänner 2009 um 3,4 Prozent.
- ✓ **KV für Denkmal-, Fassaden- und GebäudereinigerInnen.** Die Löhne steigen in Wien, Burgenland, Steiermark, Kärnten und Vorarlberg ab 1. Jänner 2009 um 3,7 Prozent.

Lohngruppe	Stundenlohn	Monatslohn (40 Std.)
0 (FacharbeiterIn)	€ 8,95	€ 1.550,14
1 (FensterputzerIn)	€ 8,06	€ 1.395,99
2 (hausbesorgerähnliche Tätigkeiten)	€ 7,61	€ 1.318,05
3 (Krankenhaus-, Baureinigung etc.)	€ 7,31	€ 1.266,09
4 und 5 (Büroreinigung etc.)	€ 7,26	€ 1.257,43

Wie bereits in der letzten Ausgabe berichtet, gestalten sich die KV-Verhandlungen im Reinigungsgewerbe als schwieriges Unterfangen. Nach zähen Verhandlungen und einem Etappensieg in fünf Bundesländern, blockiert die Arbeitgeberseite nach wie vor einen einheitlichen Lohnvertrag für Österreichs ReinigerInnen.

Ihr Recht bei Dienstfreistellung. Profitipp



Foto: vida

Mag. Canan Aytakin
Arbeitsrechtsexpertin, vida

Oftmals kommt es vor, dass nach Kündigungsausspruch der/die ArbeitnehmerIn gleich dienstfrei gestellt wird. In diesem Fall sollten Sie sich die Dienstfreistellung schriftlich bestätigen lassen! Da der/die ArbeitgeberIn auf die Arbeitsleistung verzichtet, muss das regelmäßige Entgelt weiterhin bezahlt werden. Einsparungen (z.B. Fahrtkosten) oder anderweitige Verdienste sind anzurechnen. Offener Resturlaub oder Zeitguthaben werden in der Zeit der Dienstfrei-

stellung nicht verbraucht. Dies wäre erst bei einer Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten denkbar. Bei einer Kündigungsfrist bis zu drei Monaten liegt kein Urlaubskonsum vor, außer es ist zu einer tatsächlichen Urlaubsvereinbarung zwischen ArbeitnehmerIn und ArbeitgeberIn gekommen. Beharrt der/die ArbeitgeberIn auf den Urlaubskonsum, sollten Sie dagegen protestieren und schriftlich die Arbeitsbereitschaft erklären.

Tourismus

„Best Practise“ in der Lehrlingsausbildung

Die Lehrlingsausbildung wird bei den Austria Hotels ganz groß geschrieben – dahinter steht ein engagiertes Betriebsräteteam.

Die auf die Stadthotellerie spezialisierte Kette „Austria Hotels International“ beschäftigt rund 480 ArbeitnehmerInnen. Davon sind etwa zehn Prozent Lehrlinge. „Dieser Wert ist seit Jahren konstant“, erzählt der Zentralbetriebsratsvorsitzende des Unternehmens und Lehrlingsbeauftragte im Hotel De France Franz Boindl. Jeder Lehrplatz, der nach dem erfolgreichen Lehrabschluss eines jungen Touristiklers frei wird, werde auch wieder nachbesetzt.

Qualität durch Betriebsrat. „Die Lehrlingsausbildung in den Austria Hotels International ist sicher ein Best-Practise-Modell für die Branche. Es zahlt sich eben aus einen Betriebsrat zu haben, weil dadurch vieles in der Ausbildung möglich ist, was anderswo nicht in dieser Qualität zu haben ist“, weiß vida-Bundesfachgruppensekretär Robert Maggale.

Gemeinsames Ziel. Beim Thema Lehrlingsausbildung sitzen Direktion und Betriebsrat in einem Boot. Besonderer Wert wird auf die umfassende Ausbil-

dung der Lehrlinge gelegt. Dabei kommt den Austria Hotels ihre Größe zu Gute, denn alle Bereiche, die das Berufsbild der angebotenen Lehrberufe (Hotel- und GastgewerbeassistentIn, Gastronomiefachmann/-frau und Koch/Köchin) beinhalten, können innerhalb des Unternehmens abgedeckt werden. Dafür gibt es ein eigenes Austauschprogramm zwischen den Hotels, bei dem Lehrlinge von kleineren Betrieben bestimmte Ausbildungsinhalte in anderen Hotels kennen lernen und dort ihre Praxis absolvieren.

Engagierte Lehrlinge. „Meinen schönsten Erfolg hatte ich vor drei Jahren“, erzählt Boindl nicht ohne Stolz. Damals wurden vier seiner HGA-Lehrlinge vom Stadtschulrat ausgezeichnet, nachdem sie nicht nur die drei Ausbildungsjahre, sondern auch die Lehrabschlussprüfung mit Auszeichnung absolviert hatten. Hinter dem Erfolg steckt ein hervorragendes Ausbildungsprogramm und viel Engagement der Lehrlingsbeauftragten.

Kontakt mit Eltern. Lehrlingsanwärter können sich bereits

im Assessment Center ein Bild über den Beruf, den sie ergreifen möchten, und die Hotels des Unternehmens machen. „Jeder Lehrling sucht sich bei uns quasi sein Hotel aus“, so Boindl mit einem Augenzwinkern. Nach einem Monat Lehrzeit ist es bereits Tradition, die Eltern der Lehrlinge einzuladen. Dieser Kontakt wird im Laufe der Lehrzeit regelmäßig gesucht, auch um über Lernstatus und Fortschritte zu informieren.

Erfolgsrezept. Solide Ausbildung, Motivation und Information der Lehrlinge über ihre Rechte und Pflichten auf der einen Seite, die nötige Freizeit auf der anderen Seite, erklärt Boindl sein Erfolgsrezept: „Da ist der Betriebsrat dahinter!“ Als Sprachrohr für die Lehrlinge gibt es mit Julia Grohmann eine eigene Jugendvertrauensrätin, und jedes Jahr wird im Rahmen eines Mitarbeitergesprächs die Zusammenarbeit der Lehrlinge und Ausbilder evaluiert. Völlig gleichberechtigt können dabei sowohl die Abteilungsleiter als auch die jungen Leute ihre Vorschläge für Verbesserungspotential einbringen.



Foto: Ines Schmied/ vida
Franz Boindl, Zentralbetriebsrat der Austria Hotels, engagiert sich für die Ausbildung „seiner“ Lehrlinge.

Trainingsangebot. Vor den Prüfungen steht Franz Boindl seinen Schützlingen mit besonderer Unterstützung zur Seite. Da wird gemeinsam mit dem Profi noch einmal der Stoff durchgenommen und in Rollenspielen die Praxis geübt. „Auf diese Weise nehmen wir den jungen Leuten die Prüfungsangst und sie gehen souveräner an die Sache heran“, erklärt Boindl. Dabei handelt

es sich sowohl von Seiten des Betriebsrats als auch von Seiten der Lehrlinge um eine freiwillige Übung, die in der Regel nach Dienstschluss organisiert wird. Dieses Angebot werde sehr gut angenommen, schließlich werden gute und ausgezeichnete Leistungen bei den Prüfungen auch vom Dienstgeber honoriert.

ines.schmied@vida.at

Steuerrecht

Neue Richtwerte für Dienstwohnungen

Aktuelle Änderung in der Sachbezugsverordnung hat direkte Auswirkungen auf HausbesorgerInnen.

Seit Anfang des Jahres werden Dienstwohnungen, die den ArbeitgeberInnen gehören, höher besteuert. Genauer gesagt wird die Bewertungsgrundlage für Dienstwohnungen auf den Richtwert des jeweiligen Bundeslandes angehoben. „Aufgrund einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs hat das Bundesministerium für Finanzen diese neue Verordnung erlassen. Sie betrifft in erster Linie HausbesorgerInnen, aber auch HausbetreuerInnen mit Dienstwohnung“, erklärt vida-Bundesfachgruppensekretärin Ursula Woditschka.

Bisher Pauschalen. Bisher waren die Quadratmeterpreise für Dienstwohnungen, die sich im Eigentum der Arbeitgeber-

Innen befinden, pauschaliert und lagen weit unter den üblichen Mieten. Auch auf regionale und lokale Verhältnisse am Wohnungsmarkt wurde dabei nicht eingegangen.

Neue Richtwerte. Seit 1.1.2009 gelten für HausbesorgerInnen, deren Dienstverhältnis vor dem 1.7.2000 begründet wurde, bzw. für HausbetreuerInnen mit einer Dienstwohnung und einem Dienstvertrag, der vor dem 1.1.2009 abgeschlossen wurde, jedoch neue Richtwerte. Diesen Berufsgruppen wird für die Versteuerung des Sachbezuges 35 Prozent von den Richtwertsätzen abgezogen. Entspricht die Wohnung nicht einer Standardwohnung, werden weitere 30 Prozent abgezogen. Wichtig für HausbesorgerInnen: Die Neuberechnung muss auch dann erfolgen, wenn der Sachbezug in bar abgelöst wird.

Jährliche Anpassung. Der Sachbezug der Dienstwohnung ist auf dem Lohnzettel ausgewiesen. Das Richtwertegesetz wird jährlich angepasst, der Sachbezug muss daher jedes Jahr neu berechnet werden. Zusätzlich

gibt es eine vierjährige Übergangsregelung, wobei der Aufschlag jährlich um 25 Prozent erhöht wird. Bei Dienstverhältnissen ab 1.1.2009 gibt es keine Übergangsfristen.

ines.schmied@vida.at

Rechenbeispiel

Zur besseren Verständlichkeit der neuen Verordnung hier ein Beispiel für eine Standardwohnung (Kategorie A).

Ausgangsbasis ist eine Standardwohnung mit 55 m² in einem Wohnhaus, Baujahr 1963. Sachbezugswert lt. Lohnzettel € 79,75

Berechnung neu auf Basis Sachbezugsverordnung 2009 – Richtwert für Wien:

$55 \text{ m}^2 \times 4,73 \text{ (Richtwertgesetz)} = 260,15 \times 65 \% = € 169,10$
(35 % werden auf Grund der Neuregelung abgezogen)

Auszahlungssumme neu:
 $€ 169,10 \text{ (Betrag neu)} - € 79,75 \text{ (Betrag alt)} = € 89,35 \times 25 \% = € 22,35$ (ein Viertel wird auf Grund der Neuregelung auf den alten Bezug aufgeschlagen)
 $€ 79,75 \text{ (Betrag alt)} + € 22,35 \text{ (Aufschlag)} = € 102,90$ Sachbezug neu (Auszahlungssumme 2009 Brutto)

Sollten Sie eine Wohnung haben, die nicht dem Standard entspricht, nehmen wir die Berechnung gerne in unserem Büro für Sie vor. Bitte vereinbaren Sie dafür einen Termin unter 01/546 41-634 (Martina Binder). Mehr Informationen zum Thema finden Sie auch online unter www.vida.at



Foto: Daniel Käsler/Fotolia

Die neuen Richtwerte pro Quadratmeter:

Burgenland	€ 4,31
Kärnten	€ 5,53
Niederösterreich	€ 4,85
Oberösterreich	€ 5,12
Salzburg	€ 6,53
Steiermark	€ 6,52
Tirol	€ 5,77
Vorarlberg	€ 7,26
Wien	€ 4,73

Gewinnen Sie einen Urlaub im Wipptal

vida ist in allen Bundesländern vor Ort. Auch im Bundesland Tirol gibt es eine vida-Landesorganisation. Wir verlosen einen Aufenthalt in einer Ferienwohnung im Wipptal für eine Woche (7 Nächte) für vier Personen unter allen EinsenderInnen, die uns folgende Gewinnfrage richtig beantworten.

Gewinnfrage:
In welcher Stadt befindet sich das Büro der vida-Landesorganisation Tirol?

Antworten an
vida/Pressereferat
Kennwort: „Wandern mit vida“

Margaretenstraße 166
A-1050 Wien
oder per E-Mail an:
zeitschrift@vida.at

Einsendeschluss:
5. März 2009

Der/die GewinnerIn erhält von vida einen Gutschein, gültig bis Ende Dezember 2009, den er/sie beim Tourismusverband Wipptal einlöst.

Auf ca. 500 Kilometer markierten und gepflegten Wanderwegen in den Stubai- und Zillertaler Alpen findet das Wanderherz alles, was es begehrt: vom gemütlichen Talspaziergang über die Hüttenwanderung bis zur anspruchsvollen Hochgebirgs- und Klettertour. Große Gebiete der Wipptaler Seitentäler stehen unter Naturschutz – seltene Alpenblumen und zahlreiche Wildarten sind Zeichen der unberührten, sauberen Landschaft.

Ein Geheimtipp in Tirol für alle, die fernab vom hektischen Massentourismus die schöne Bergwelt genießen möchten. Besonders günstig liegt das Wipptal für Bahnreisende. Von Innsbruck verkehren halbstündlich Regionalzüge, gute Busverbindungen in die Seitentäler ermöglichen zusätzlich einen autofreien Urlaub.

Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter www.wipptal.at

Für die Zusendung von Prospektmaterial bzw. Buchungsanfragen wenden Sie sich an den Tourismusverband Wipptal, A-6150 Steinach, Tel. 05279/5204, Fax 05279/20014, e-mail: info.jodok@wipptal.at

Mit den Öffis ins Wanderparadies

Urlaubstipp



Menschen bei vida

Für Petra Pauer ist nichts unmöglich!

Petra Pauer arbeitet am Flughafen Wien im Büro der vida-Bundesfachgruppe Luft - Wasser.

Die Bundesfachgruppe ist zuständig für FluglotsInnen, FlugbegleiterInnen, PilotInnen, TechnikerInnen, Bodenpersonal, Sicherheitskontrollorgane sowie Binnen- und Hochseeschiffpersonal. Diese Berufsgruppen haben nicht selten unkonventionelle Probleme, die unkonventionelle Lösungen erfordern. Petra Pauer ist seit Mai 2007 Ansprechpartnerin für unsere Mitglieder, sorgt für deren Betreuung, die Organisation von Meetings, Seminaren und Tagungen und arbeitet eng mit unseren BetriebsrätInnen zusammen. Neben administrativen Arbeiten aller Art umfasst die Tätigkeit überwiegend Korrespondenz, auch mit ausländischen Organisationen, die Mithilfe bei der Lösung gewerkschaftlicher Probleme und Information der Mitglieder. In den meisten Fällen heißt das, eigenverantwortlich und selbstständig zu arbeiten, da ihr unmittelbarer Vorgesetzter sehr oft in der Betriebsarbeit tätig ist.

Der berufliche Alltag...

„Das ist zwar nicht immer einfach, aber nichts ist unmöglich“, sagt die engagierte Burgenländerin. Berufserfahrung und das entsprechende Rüstzeug



Foto: vida

für verantwortungsvolles und eigenständiges Arbeiten holte sich Petra Pauer über ihre jahrelange Tätigkeit im familieneigenen Betrieb im Burgenland. Eine schwierige Phase, aus der sie letztendlich aber gestärkt hervorging, war im Jahr 2005. Nach dem plötzlichen Tod ihres Mannes musste Petra Pauer ihr Leben komplett neu ordnen, den Familienbetrieb aufgeben und beruflich „umsatteln“. Ab dann arbeitete sie im Büro einer mittelständischen Baufirma.

Was mir wichtig ist zu sagen...

„Vom ersten Tag an wurde ich von den KollegInnen warmherzig in die große vida-Familie aufgenommen, die mir stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden sind und mir jederzeit bei der Lösung von Problemen helfen. Eine solche herzliche und kollegiale Atmosphäre bietet ein Arbeitsklima, das nicht selbstverständlich ist. Bei der vida zu arbeiten, macht einfach Spaß.“

Wie ich entspanne...

„In meiner Freizeit genieße ich es, Zeit mit meinem Lebensgefährten und meinen beiden bereits erwachsenen Kindern zu verbringen, sei es beim Segeln am Neusiedlersee, Musik hören, Tanzen oder einfach nur Relaxen.“

petra.pauer@vida.at

In der vida-Mitgliedszeitschrift erfahren Sie aus erster Hand von den freien Gärten der Bundesbahn-Landwirtschaft. Ihre Bewerbungen richten Sie bitte schriftlich unter Angabe ihrer Telefon- und Mitgliedsnummer an die angegebenen Vergabestellen:



Freie Gärten

BBL-REGION OST

Neulengbach: Garten (337 m², EK) mit Gartenhaus (35 m²), unterkellert, Kanal-, Strom- und Wasseranschluss (winterfest).

Strasshof: Garten (468 m², EK) mit Holzriegelbau (35 m²), Strom-, Kanal- und Wasseranschluss.

Inzersdorf: Garten (150 m², erweitertes Nutzungsrecht) am Badeteich mit Sommerhaus (35 m²), Strom- und Wasseranschluss sowie Senkgrube.

Ausschließlich schriftliche Bewerbungen unter Angabe einer Bediensteten- und Telefonnummer:

BBL-Region Ost
Althanstraße 14
1090 Wien

BBL-REGION MITTE:

Stainach-Irdning: Garten (212 m²) in Liezen/Wörschach mit Gartenhütte samt Zubau, kleinem Teich sowie Wasser- und Stromanschluss.

Ausschließlich schriftliche Bewerbungen unter Angabe einer Bediensteten- und Telefonnummer:

BBL-Region Mitte
Wiener Straße 2d
4020 Linz

BBL-REGION WEST:

Saalfelden: Laufend freie Gärten im 2. Zusatzvertrag (langfristige Nutzungsmöglichkeit).

Ausschließlich schriftliche Bewerbungen unter Angabe einer Bediensteten- und Telefonnummer:

BBL-Region West
Egger-Lienz Straße 1/II
6020 Innsbruck

BBL-REGION SÜD:

Eisenerz: Ablösefreier Garten (180 m², GP) mit netter Gartenhütte und Wasseranschluss.

Graz-Hbf.: Garten (330 m², GP) mit Gartenhütte (24 m²) in der Anlage Gratwein, Au 2, mit Wasseranschluss, Stromanschluss möglich.

Ausschließlich schriftliche Bewerbungen unter Angabe einer Bediensteten- und Telefonnummer:

BBL-Region Süd
Steinwenderstraße 4
9500 Villach

ACHTUNG:

Gärten im 1. od. 2. Zusatzvertrag (ZSV): langfristige Nutzungsmöglichkeit im Rahmen eines Unterpachtverhältnisses, im Bundesland Wien sogar tlw. Begründung eines Hauptwohnsitzes möglich.

Gärten mit prekaristischem Nutzungsrecht (GP): Flächenwiderruf jederzeit möglich, eingeschränkte Nutzungsrechte.



Foto: photos.com

Webtipp

Freie Gärten finden Sie auch topaktuell im Internet: www.obbl.at

Foto: photos.com